

# ROSALUX

Journal der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

1\_2007

Ausblick

**Gesellschaftspolitische Foren  
2007**

Weltsozialforum

**Globales Bewusstsein  
für Bewegungen und NGOs**

Bericht

**Neues zum Antisemitismus –  
Zustände in Deutschland**

Ansichten

**D. Klein und A. Troost zum  
demokratischen Sozialismus**

Interview

**RLS-Stipendiatin im  
Gespräch**

**Baustelle  
Linkspartei**



<b>Editorial</b>	3
<b>Rückblick</b>	
Heinz Vietze ist neuer Vorsitzender des RLS-Vorstands	4
Konservative Leitbilder und linke Kritik	4
Ein weites Feld – Die Linke und Bourdieu	5
Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf!	5
<b>Ausblick</b>	
Interview zu »Dem Wert auf der Spur«	6
Veranstaltungen/Gesellschaftspolitische Foren	7
<b>WSF</b>	
Weltsozialforum in Nairobi	8
<b>Bericht</b>	
Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland	10
<b>Thema</b>	
Die Partei ist eine Baustelle	12
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Begleiterin der neuen Linken	12
Strangers in Moscow	14
Außersichten	15
Hindernisse auf der Baustelle	17
<b>Studie</b>	
Die zwei Leben einer Studie	19
<b>Stiftungsverbund</b>	
Rosa Luxemburg erobert NRW	21
<b>Internationales</b>	
LINKE SUCHT LINKE	22
<b>Ansichten</b>	
Pro/Contra: »Demokratischer Sozialismus ist die linke Alternative zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft«	24
<b>Interview</b>	
Musik im postkolonialen Roman?	26
<b>Archiv/Bibliothek</b>	
Eine Schatzkammer zur Staatstheorie	28
<b>Lesenswert</b>	
Zwei Kilo deutsch-deutsche Parallelgeschichte	29
Publikationen	30

**IMPRESSUM****RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich

**Herausgeberin**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Gesellschaftsanalyse und politische  
Bildung e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

**Redaktion**

Cengiz Barskanmaz, Murat Cakir (V.i.S.d.P.),  
Horst Helas, Lutz Kirschner, Peter Ostholt,  
Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf,  
Tom Strohschneider und Florian Weis

**Redaktionsschluss**

19. Februar 2007

**Satz & Layout**

Heike Schmelter

**Gesamtherstellung**

MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung

**Auflage**

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt  
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

**Titelfoto [M]**

Burkhard Lange

**Nicht gekennzeichnete Fotos**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, März 2007

# Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat seit ihrer Gründung im Jahr 1990 ein eigenständiges Profil sozialistischer politischer Bildung entwickelt, welches die Arbeit in allen Bereichen unserer Stiftung bestimmt. Wir sind stets bemüht, die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit immer wieder in Bezug auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu überprüfen, diese mit den Zielen unserer Stiftung in Zusammenhang zu bringen und daraus Konsequenzen für die strukturelle Weiterentwicklung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu ziehen. Dabei wollen wir die Entwicklung unserer Stiftungsarbeit so transparent und informativ wie möglich der interessierten Öffentlichkeit präsentieren.

## »Wachsende in- und ausländische Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung«

Diese Arbeit erhält nun mit unserem neuen Journal **RosaLux**, dessen erste Ausgabe Sie in den Händen halten, eine publizistische Unterstützung. In vierteljährlichen Abständen wollen wir mit dem Journal **RosaLux** unser Bestes geben, um die Leserinnen und Leser über die wachsende in- und ausländische Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu informieren, die Ergebnisse unserer Veranstaltungen, Analysen, politischer Bildungsarbeit aber auch der von uns geförderten Studien und Publikationen zu präsentieren und kontroverse Themen aus den Debatten der Linken zu behandeln.

Unsere besondere Aufmerksamkeit wird dabei selbstverständlich den dynamischen Entwicklungsprozessen der linken demokratisch-sozialistischen Grundströmung gehören. Aus diesem Grund haben wir das Schwerpunktthema der ersten Ausgabe der Neufor-

mierung der politischen Linken in Deutschland gewidmet. Unter der Überschrift »Die Partei ist eine Baustelle« nehmen Meinhard Meuche-Mäker, Christoph Spehr, Peter Ostholt und Florian Weis jeweils zu einem Teilaspekt des Neuformierungsprozesses Stellung.

Auch in den nächsten Ausgaben des Journals **RosaLux** werden wir mit jeweils drei unterschiedlichen Beiträgen Schwerpunktthemen, die einen engen Bezug zu der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben, behandeln. Das Redaktionskollegium hat sich bereits über die Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben verständigt. Diese sind – jeweils als Arbeitstitel: »Prekarisierung«, »Privatisierung« und »1968 in internationaler Dimension«.

Dabei wird es natürlich nicht bleiben. Mit der Nutzung verschiedener journalistischer Elemente, von der Reportage über den Kommentar und Interview bis zum Bericht und Rezensionen wollen wir in einem Stil-Mix versuchen, das Journal **RosaLux** leseattraktiv zu gestalten. Gleichzeitig werden wir die jeweiligen Themen und Inhalte mit Hinweisen auf weitergehende Informationen auf unseren Internetseiten ergänzen.

Unser Journal **RosaLux** hat die Aufgabe, die Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu unterstützen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe legen wir großen Wert auf die Meinung der Leserinnen und Leser. Deshalb gilt meine Bitte an Sie: Schreiben Sie uns Ihre Kritik und Anregungen – damit wir es besser machen können und unserem Anspruch, eine lesenswerte und informative Zeitschrift, die eigene Akzente setzen kann, zu etablieren, näher kommen. In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß bei der Lektüre.



Dr. Evelin Wittich,  
Geschäftsführendes Mitglied  
des Vorstandes der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Evelin Wittich

## Heinz Vietze ist neuer Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung



*»Sich einsetzen. Nicht setzen. Und vor allem nicht zwischen zwei Stühle.«*

Am 18. November 2006 fand in Berlin die ordentliche Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Als Vorsitzenden bestimmten die Mitglieder Heinz Vietze. Der 59jährige Gesellschaftswissenschaftler Vietze ist seit 1990 Mitglied des Brandenburger Landtags. Seine Funktion als parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion »Die Linke.PDS« wird Vietze im kommenden Jahr niederlegen, um sich dann ganz der ehrenamtlichen Tätigkeit als RLS-Vorsitzender zu widmen. In einem Schreiben an die Mitglieder der Stiftung legte er seine Motivation dar: Obwohl es die Verlockung gegeben habe, nach der politischen Arbeit etwas ganz anderes zu tun, sei er »als Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zutiefst von der Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung und Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen überzeugt«. Heinz Vietze übernimmt das Amt von Prof. Reinhard Mo-

cek, dem Mitglieder und Vorstand für seinen Einsatz dankten. Mocek wechselt ins Kuratorium der RLS.

Die Mitgliederversammlung bestätigte die stellvertretenden Vorsitzenden Claudia Gohde und Prof. Dr. Michael Brie ebenso in ihren Ämtern wie das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Evelin Wittich. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Dr. Lutz Brangsch, Stefanie Ehmsen, Dr. Thomas Flierl, Benjamin Hoff, Prof. Dr. Dieter Klein, Dr. Sabine Reiner und Bosiljka Schedlich. Dr. Wilfriede Otto und Prof. Rolf Reißig, die nicht erneut für den Vorstand kandidierten, wurden mit Dank für die geleistete Arbeit verabschiedet.

Das neu gewählte Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung begann seine Arbeit unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Christa Luft. <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3009>

## Konservative Leitbilder und linke Kritik

Schon bei dem Eröffnungsbeitrag des gemeinsam von der RLS und Kurt-Eisner-Verein organisierten Workshops am 4. November 2006 in München wurde sowohl den Veranstaltern als auch den Referenten klar, dass sie in gewisser Weise ein Neuland betraten. Ein Workshop von Linken, der sich in dieser Form mit konservativen Parteien, Milieus und Leitbildern beschäftigt, war ja nicht alltäglich.

Zum Workshop waren eingeladen: Dr. Gerhard Hirscher von der Hanns-Seidl-Stiftung; Dr. Harald Pätzold, Linkspartei.PDS; Fritz Schmalzbauer, WASG und Siegfried Benker von Bündnis 90/Die Grünen; Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat und Michael Wendl, ver.di Bayern. Für die Veran-

stalter nahmen Martin Fochler und Dagmar Henn vom Kurt-Eisner-Verein sowie Dr. Lutz Brangsch und Dr. Florian Weis, beide RLS, an der Diskussion teil.

***Die Linke grenzt sich zwar stets erfolgreich vom konservativen Lager ab, versucht aber nur selten zu begreifen, wie Konservatismus funktioniert.***

Am Ende hatten Veranstalter, Referenten und Teilnehmende den Eindruck, eine außerordentlich anregende Veranstaltung erlebt zu haben. Was Anliegen jeder politischen Bildungsarbeit ist, in der Praxis aber

keineswegs immer gelingt, war hier möglich: Auf der Basis analytischer Fragestellungen zu Einschätzungen über den Gegenstand der Veranstaltung zu kommen, ohne wechselseitig agitieren zu wollen. Insofern eignet sich der Workshop im Ganzen besonders gut, um deutlich zu machen, was die Arbeit der RLS und ihrer Landesstiftungen, bei aller Parteinähe zur Linkspartei, deutlich von Parteiaufgaben unterscheidet. In den Geruch, eine verkappte Wahl- oder Parteiveranstaltung zu sein, kam der Workshop »Konservative Leitbilder und linke Kritik« jedenfalls nicht.

Weitere Informationen über die Veranstaltung finden Sie unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=12156&0=>

## Ein weites Feld – Die Linke und Bourdieu

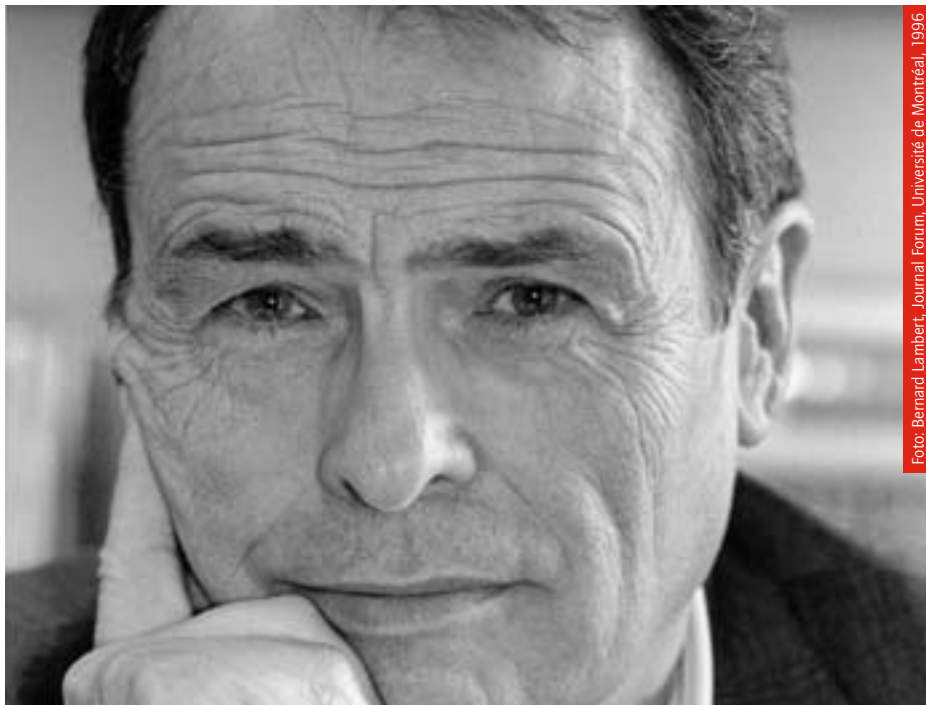


Foto: Bernard Lambert, Journal Forum, Université de Montréal, 1996

Aus Anlass des 5. Todestages von Pierre Bourdieu (1930–2002) hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 26. und 27. Januar 2007 zu einem zweitägigen deutsch-französischen Kolloquium nach Berlin eingeladen. Französische und deutsche ReferentInnen, die in der wissenschaftlichen und politischen Tradition Bourdieus stehen, fanden einen vollen Konferenzsaal mit über 200 TeilnehmerInnen – die Resonanz war erstaunlich groß. Neben dem unmittelbaren Umfeld der Stiftung kamen viele insbesondere jüngere TeilnehmerInnen aus dem Hoch- und Fachschulbereich, und zwar nicht nur aus dem Berliner Raum, sondern bspw. auch aus Greifswald, Halle, Jena, ja sogar Wien, Linz und Straßburg.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Fragen: Wie sind exakte Analyse der modernen Gesellschaften und deren Kritik zu verbinden? Wo ist der Platz der linken Intellektuellen im Spannungsfeld von Wissenschaft

und praktisch-politischen Engagement zu verorten? Gibt es typisch linke Perspektiven auf Pierre Bourdieu? Und worin besteht ein sinnvolles Weiterarbeiten mit Bourdieus Œuvre im 21. Jahrhundert? Dazu referierten in einem dichten Programm Lothar Peter, Louis Pinto, Margareta Steinrücke, Effi Böhlke, Michael Brie, Gérard Mauger, Manfred Laueremann, Irene Dölling, Frédéric Lebaron, Rolf-Dieter Hepp, Lars Schmitt, Franz Schultheis, Beate Kraus, Joseph Jurt, Gunter Gebauer, Rainer Rilling, Gerhard Schäfer und Stephan Moebius.

Ein umfangreicher Tagungsbericht findet sich auf der Website der RLS. Die Erträge des Kolloquiums werden in einem zur diesjährigen Buchmesse in Frankfurt/M. erscheinenden Band veröffentlicht werden. Eine Veranstaltung, die sich lohnt hat.

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=12468&type=0>

## Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf!

### *Bericht des Netzwerks und Innovationsverbunds Ostdeutschlandforschung*

»Über die sozioökonomische Lage und Entwicklung in Ostdeutschland gibt es eine Vielzahl von Einzelbefunden, aber auch große Lücken. Vor allem aber fehlt der Versuch, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu untersuchen. Im Frühjahr des Jahres 2005 haben daher sieben außeruniversitäre Institute – Berliner Debatte/GSFP, BISS, IPRAS, SFZ, WISOC, Thünen-Institut und ZSH1 – einen Workshop einberufen und ein Netzwerk Ostdeutschlandforschung gegründet. Ziel war es, den Zusammenhang der einzelnen Befunde und Forschungsergebnisse zu diskutieren und einen neuen Ansatz für die wissenschaftliche Untersuchung und die gesellschaftliche Strategiebildung zu finden. Unter den Überschriften »Paradigmenwechsel der Ostdeutschlandforschung« und »Neue Ostdeutschlandforschung« wurden erste Konzepte und Ergebnisse veröffentlicht.«

So die Autoren im Vorwort des jetzt durch das Netzwerk vorgelegten Berichts »Zur Lage in Ostdeutschland«, der als Nr. 5 (2006) der Zeitschrift »Berliner Debatte Initial« erschienen ist. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat diese Forschungsarbeit im Rahmen ihrer Projektförderung unterstützt, indem sie Workshops, Kolloquien und den Aufbau einer Website finanzierte.

Der erste Teil des Forschungsberichts steht auf unserer Website zum Download zur Verfügung. Der gesamte Bericht kann auf der Website des Netzwerks bestellt werden.

<http://www.tu-berlin.de/ztg/innovationsverbund-ostdeutschlandforschung>

»Kapital«-Lektürekurs  
»Dem Wert auf der Spur«

Jeden Montag ab 20.00 Uhr  
Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin

Kontakt: Ingo Stützle,  
stuetzle@so36.net oder  
Sabine Nuss, nuss@prokla.de

Weitere Informationen unter:  
www.das-kapital-lesen.de



Interview mit Ingo Stützle und Sabine Nuss

# »Dem Wert auf der Spur«

*Das Comeback der Marx-Lektüre*

Seit Ende Oktober 2006 bietet ihr bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen »Kapital«-Lektürekurs an. In eurer Mailingliste haben sich über 50 Interessenten eingetragen, euren Kurs besuchen mittlerweile bis zu 30 Leute. Warum das Interesse?

**Sabine Nuss:** Wir merken schon seit einiger Zeit, dass Marx eine Renaissance erlebt. Mit dem Ende des real existierenden Sozialismus galt er als ein toter Hund, proklamiert wurde das Ende der Geschichte. Mittlerweile aber ist das kapitalistische Gesellschaftssystem wieder in eine Legitimationskrise geraten, eine zunehmende Anzahl an Kriegen, Umweltzerstörung sowie Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen sind unter anderem die Gründe. Vor diesem Hintergrund besinnen sich die Leute dann doch wieder auf Marx. Er ist nun mal einer der wenigen, der sich aus ökonomietheoretischer Sicht ernsthaft mit dem Kapitalismus auseinandergesetzt hat.

Ihr trefft euch jeden Montag und diskutiert Seite für Seite, wieso gebt ihr nicht einfach ein einmaliges Einführungsseminar in die Kritik der politischen Ökonomie von Marx?

**Ingo Stützle:** Das machen wir auch, aber so ein Seminar kann einen »Kapital«-Lektürekurs nicht ersetzen. Es ist uns wichtig, das Original zu lesen. Nicht, um einen »authentischen« Marx zu suchen, sondern damit sich die Leute selbst ein Urteil darüber bilden können, was Marx im »Kapital« geschrieben hat und was nicht.

In eurer Ankündigung betont ihr, dass erst jetzt die Zeit für unvoreingenommene »Kapital«-Lektüre gekommen sei. Wie meint ihr das?

**Sabine Nuss:** Es gibt mit der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) endlich eine textkritische Version des »Kapital«. Auf dieser Grundlage wird nicht nur deutlich, wie En-

gels in den Marx'schen Text eingegriffen hat, zugleich wird die Unvollständigkeit der Arbeiten sichtbar. Marx hat uns einen Torso hinterlassen, keine vollendete Theorie. Das wirft natürlich ein Licht auf bisherige Lesarten und ermöglicht deren Kritik und Weiterentwicklung.

Was bringt die »Kapital«-Lektüre für eine linke Politik? Was können wir heute noch damit anfangen?

**Ingo Stützle:** Zu allererst vermittelt »Das Kapital« ein Verständnis davon, wie die kapitalistische Produktionsweise funktioniert. Eine der zentralen Analysen – in der traditionellen Lesart häufig vernachlässigt – liegt dabei auf der erkenntnistheoretischen Ebene. Das heißt, nicht nur die Frage, wie funktioniert Kapitalismus, wird gestellt, sondern vor allem die Frage, wie werden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse von den in ihnen befangenen Menschen überhaupt wahrgenommen?

Was gefällt euch am meisten am »Kapital«, was am wenigsten?

**Sabine Nuss:** Die vielen lustigen und ironischen Fußnoten im ersten Band sind eine Freude. Frustrierend ist, dass das »Kapital« manchmal so schwer zu verstehen ist, weil wir diese Textgattung schlicht nicht gewohnt sind. Gerade der Anfang, die logisch-begriffliche Entwicklung der Geldform, bereitet Schwierigkeiten. Aber auch das Wissen darum, dass hier kein fertiges Werk vor uns liegt, macht es etwas mühsam. Da liegt noch viel Arbeit vor uns, das, was Marx begonnen hat, der Sache nach weiterzudenken.

*Dr. Sabine Nuss ist Referentin im Bereich Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ingo Stützle ist Politikwissenschaftler.*

## Veranstaltungen

Symposium: 11. und 12. Mai 2007

»Ich war die erste Frau, die eine Satire [...] schrieb«

Das Werk der Autorin Gisela Elsner im Kontext einer literarischen Kultur der Satire zwischen 1960 und 1989. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Werk Gisela Elsners beinhaltet Innovationspotential für eine gesellschaftskritisch orientierte Literaturwissenschaft. Das Symposium führt erstmalig kompetente WissenschaftlerInnen zusammen, um sich mit der nicht nur politisch, sondern auch literarisch unbequemen Autorin zu beschäftigen.

Veranstaltungsort: Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, 80333 München

Veranstalter: Institut für Germanistik II an der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ansprechpartnerin: Dr. phil. Christine Künzel, Tel. 040 428382301, ch.kuenzel@freenet.de

Intern. Tagung: 28. April bis 6. Mai 2007

»Globalisierungskritik von unten: für alle, überall«

Politische Bildung im Sinne einer *Popular Education* ist in der Globalisierungsbewegung unterentwickelt. Aufbauend auf der 2004 im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellten Studie zu erfolgreichen internationalen Beispielen von *Popular Education* im Themenbereich Globalisierung sollte eine Zusammenführung der interessantesten Initiativen zum Aufbau einer Vernetzungsstruktur führen: zum einen für den Austausch von Methoden zur Bewusstseins-schaffung und Wissensvermittlung, zum anderen, um von den unterschiedlichen Erfahrungen aufgrund der Vielfalt der lokalen Kontexte lernen zu können.

Veranstaltungsort: 15347 Müncheberg, OT Trebnitz (Brandenburg)

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Ansprechpartnerin: Cornelia Hildebrandt, Tel. 030 44310-168, hildebrandt@rosalux.de  
*Anmeldung erforderlich!*

Intern. Workshop: 11. bis 13. Mai 2007

»Soziale Sicherung, Machtkonstellationen und Demokratie«

Sozialpolitik ist Politik – Politik ist Kampf um Macht. Sozialpolitik allgemein und die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Besonderen greifen tief in die Möglichkeiten der einzelnen sozialen Gruppen, ihre Interessen in die Gesellschaft zu bringen, ein. Die Gestaltung der Sicherungssysteme kann soziale Unterschiedlichkeiten zu krasser sozialer Ungerechtigkeit verschärfen oder diesen Unterschiedlichkeiten Raum geben, indem allen Menschen entsprechend ihren Ansprüchen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Am Beispiel der Gesundheitspolitik soll diskutiert werden, wie zutiefst demokratische Ansätze formuliert und in politische Strategien gekleidet werden können.

Veranstaltungsort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Ansprechpartnerin: Cornelia Hildebrandt, Tel. 030 44310-168, hildebrandt@rosalux.de

## Gesellschaftspolitische Foren

Tagung: 21. April 2007

»Umriss und Streitpunkte einer Friedens- und Sicherheitspolitik der Linken«

Die Friedensfrage wurde zu einem Kernproblem der weiteren Gestaltung der internationalen Politik. Welche Möglichkeiten gibt es, die zivile Bearbeitung von Konflikten zu sichern? Was kann getan werden, um Deutschland und die EU als zivile Friedensmacht in die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen einzubringen? Insbesondere die Gestaltung linker Politik soll Gegenstand der Debatte sein.

Veranstaltungsort: Stuttgart

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg, WISSENtransfer, Zeitschrift Sozialismus, Informationsstelle Militarisation (IMI)  
Ansprechpartner: Dr. Erhard Crome, Alexander Schlager, Tel. 030 44310-165, crome@rosalux.de oder schlager@rosalux.de

Tagung: 21. April 2007

»Das schwierige WIE – Die Organisationsfrage in der heutigen Linken«

Veranstaltungsort: Hamburg  
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Bildungswerk, Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.  
Ansprechpartner: Meinhard Meuche-Mäker, Tel. 0179 2732844, info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Tagung: 28. April 2007

»Was ist das Neue an der neuen Linken? Gesellschaftsanalyse aus Geschlechter-sicht«

Veranstaltungsort: Berlin  
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesprächskreis Frauen und Politik  
Ansprechpartnerin: Dr. Eva Schäfer, Tel. 030 44310-133, schaefer@rosalux.de

Konferenz: 12. Mai 2007

»Wie grün darf die LINKE sein?«  
Linkspartei wie WASG sehen ihren politischen

Schwerpunkt in der Sozialpolitik. Nach der Programmatik und laut Wahlprogrammen sollen jedoch Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik dazu beitragen, eine nachhaltige und lebenswerte Entwicklung zu ermöglichen. Trotz Wechselwirkungen zwischen Umwelt-, Sozial- und Friedenspolitik wird die Relevanz »grüner« Themen für linke Politik gemeinhin unterschätzt. Auf der Konferenz werden VertreterInnen aus Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit Gästen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die künftige Rolle und den Stellenwert von »Ökologie« in einer neuen Linken diskutieren.

Veranstaltungsort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Ansprechpartner: Dr. Wolfgang Bey, Tel. 030 44310-161, bey@rosalux.de

Weitere Infos unter <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=foren>

Erhard Crome

# Weltsozialforum in Nairobi

## Globales Bewusstsein für Bewegungen und NGOs

Mit den sozialen Bewegungen ist es wie mit dem Radfahren: Wenn es nicht mehr fährt, fällt es um – wenn sie sich nicht mehr bewegen, ist es aus.

Darauf hoffen auch die Herren der veröffentlichten Meinung. Noch kein Weltsozialforum ist so schlecht kommentiert worden wie das in Nairobi, das im letzten Januar rund 55.000 Menschen zusammen gebracht hat. Grundtenor: Der alternative Polit-Gipfel habe sich überlebt, die Themen seien längst in den Mainstream eingegangen. Und außerdem gebe es ja noch immer keinen konkreten Durchführungsplan für die »Andere Welt«, die da möglich sein soll.

Woran liegt das? Zum einen handelt es sich um einen Abwehrreflex. Die Bewegung der Weltsozialforen ist entstanden als Kritik an den herrschenden Diskursen zum Thema Globalisierung und als Gegenstück zu den Weltwirtschaftsforen, die alljährlich im Januar im Schweizerischen Davos abgehalten werden. Und da die Akteure der Globalisierung in den fest gefügten Institutionen des Weltkapitalismus sitzen, unterstützt von Weltbank und Internationalem Währungsfonds die meisten Regierungen der Länder des Nordens kontrollieren und die öffentlichen und universitären Debatten dominieren, warten sie nur darauf, dass die Bewegung der Kritiker wieder abebbt – diese hat schließlich keine anderen Reserven als die Selbstlosigkeit und das Engagement sozialer Aktivisten.

Hier nun wird zum anderen die Bewegung der Sozialforen Opfer ihrer eigenen Selbstermutigung – sie hat lange Zeit die Teilnehmerzahl zum Kriterium des Erfolgs gemacht: Erst 20.000 Teilnehmer, dann 50.000, schließlich 100.000, im indischen Mumbai 2004 sogar 150.000. Eine Steigerung

gab es bereits im darauf folgenden Jahr im brasilianischen Porto Alegre nicht mehr. In Nairobi schließlich waren es sogar deutlich weniger – insgesamt kamen wohl zwischen 50.000 und 60.000 Menschen zusammen.

Es lief auch nicht alles so, wie man es sich vielleicht aus der Perspektive des reichen Nordens vorgestellt hatte. Es gab zum Beispiel Auseinandersetzungen um die Preise für die Registrierung – 500 kenianische Schilling sind aus europäischer Sicht nicht viel Geld, weniger als ein Euro. In Nairobi aber müssen viele damit notgedrungen eine ganze Familie am Tag ernähren. Das Forum fand zudem im abgezäunten Sportkomplex Kasarani statt, dessen Eingänge zunächst gut bewacht wurden. Doch bald forderten immer mehr Menschen aus den Armenvierteln der kenianischen Metropole kostenlosen Zugang. Der wurde nach lautem Streit schließlich auch gewährt. Allerdings vergrößerte sich danach nicht spürbar die Zahl der politischen Aktivisten. Sondern eher der Kleinhändler und Taschendiebe, was die Medien wiederum zu hämischen Bemerkungen veranlasste.

Ein Weltsozialforum hat immer zumindest zwei Seiten. Die eine ist die Gesamtteilnehmerzahl, und die hängt wesentlich von der lokalen oder regionalen Mobilisierung ab. Insofern ist Nairobi durchaus Ausdruck der Lage sozialen Bewegungen in der Region bzw. in Afrika. Das betrifft auch die vielfach angemerkte, im Vergleich zu anderen Weltsozialforen sichtbar stärkere Teilnahme großer, international agierender Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) bzw. der christlichen Kirchen und christlicher karitativer Organisationen.

Die andere Seite ist das regelmäßige Treffen der Aktivisten der globalisierungskritischen

Bewegungen. Da der Weltkapitalismus in seinen Institutionen fest gefügt und global verflochten ist, kommt der ebenfalls globalen Vernetzung der globalisierungskritischen Kräfte eine zentrale Bedeutung zu. Dies wird in den einschlägigen Medien ebenfalls pejorativ interpretiert und zu denunzieren versucht: Ein »Jet Set« der Globalisierungskritiker sei entstanden, das in der Welt umherfliegt; es träfen sich immer dieselben Leute, die stets das gleiche sagen.

Genau dies aber ist eines der wichtigsten Merkmale der Globalisierung »von unten«, die der Globalisierung »von oben« gegenübertritt. »Das WSF ist zweifellos die erste große internationale progressive Bewegung nach der neoliberalen Reaktion zu Beginn der 80er Jahre«, schreibt der portugiesische Sozialwissenschaftler Bonaventura de Sousa Santos. »Seine Zukunft ist die Zukunft der Hoffnung in einer Alternative zur pensée unique – dem monolithischen Denken.« In diesem Sinne muss die Erfahrung des WSF positiv bewertet werden. »Indem es die verfügbare und mögliche soziale Erfahrung erweitert«, so de Sousa Santos, schafft das WSF ein globales Bewusstsein für verschiedene Bewegungen und NGOs.

Genau dies hat das Weltsozialforum in Nairobi nun auch in Bezug auf Afrika geleistet. Als der Internationale Rat des Weltsozialforums im Januar 2003 beschloss, das Weltsozialforum 2004 in Indien zu veranstalten, und dann ein nächstes in Afrika, hatte er die Erweiterung, das Hinausgehen in die Welt von Porto Alegre aus im Blick. Es sollte als Alternative zum Weltwirtschaftsforum der Reichen und Mächtigen im Januar stattfinden, aber nunmehr an unterschiedlichen Orten der Welt, im Süden, der nach wie vor und im Zeichen des Neoliberalismus wieder stärker Ziel und Ort neokolonialer Durchdringung ist.





Weltsozialforum im Januar 2007 in Nairobi/Kenia

So gesehen zeigt die geringere Teilnahme in Nairobi im Vergleich zu Mumbai oder Porto Alegre zwar, dass die Mobilisierung der globalisierungskritischen Kräfte in Afrika noch nicht das gleiche Niveau wie in Indien oder Lateinamerika erreicht hat. Aber andererseits wurde doch auch deutlich, dass es auch hier eigene, authentische, selbstbewusste soziale Bewegungen gibt. Und das ist viel wichtiger.

Das »Eine andere Welt ist möglich« bestimmt auch in Afrika mehr und mehr die politischen Debatten. Das Weltsozialforum wurde nicht in die »Dritte Welt« exportiert, niemand musste von außen überzeugt werden, dass eine Alternative zum Kapitalismus nötig ist. Diese Erkenntnis brachten die Aktivisten aus Afrika schon selbst mit.

Dafür stehen auch Themen, die häufig in den Diskussionen von Nairobi auftauchten. Zum Beispiel die koloniale Rohstoffgewinnung in Afrika. Betont wurde immer wieder: Der Beginn der Ölförderung war nie die Lösung der gesellschaftlichen Probleme sondern stets der Ausgangspunkt neuer Krisen. Sie hat nicht die Armut der breiten Massen reduziert, sondern zur Bereicherung in den herrschenden Kreisen und zu Konflikten innerhalb dieser geführt. Noch arbeiten die

afrikanischen sozialen Bewegungen zu reaktiv, wurde vielfach betont.

Ein weiteres wichtiges Thema, um nur zwei von vielen Beispielen zu nennen, waren die so genannten »Partnerschaftsabkommen« (EPA), die die EU derzeit mit den afrikanischen Staaten abschließt. Sie zielten – so die afrikanischen Akteure – in erster Linie darauf, die alten und neuen Abhängigkeiten Afrikas von EU-Europa zu verfestigen. Es sei die gemeinsame Aufgabe der Linken aus Afrika und aus Europa, sich dem entgegenzustellen und für wirklich gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen zu wirken, die Entwicklung in Afrika im Sinne der Lösung seiner sozialen und wirtschaftlichen Probleme ermöglichen.

2008 wird es kein zentrales Weltsozialforum geben. Die sozialen Bewegungen sind stattdessen aufgefordert, im Januar dezentral globalisierungskritische Veranstaltungen zu machen. Im Jahr darauf wird es dann wieder ein zentrales Weltsozialforum geben. Über den Ort wird noch zu entscheiden sein, im Gespräch ist Brasilien – oder auch wieder Afrika.

Die Globalisierungsgewinnler hocken derweil weiter zwischen ihren erbeuteten Ei-

gentumstiteln der Privatisierungsoorgien der vergangenen Jahrzehnte, in den von ihnen errichteten Dschungeln von Verträgen, Verordnungen und Kreditkonstruktionen, die alle auf das gleiche zielen: Gewinne zu privatisieren, Verluste den betroffenen Gesellschaften aufzubürden und Sozialstaatlichkeit zu demolieren und verantwortliches staatliches Handeln zu diskreditieren. Die Sozialforumsbewegung macht der Selbstsicherheit der vermeintlichen Weltsieger zu schaffen. Mit ihrem Slogan »Eine andere Welt ist möglich« hat sie die ganze neoliberale Ideologie und Herrschaftspraxis grundsätzlich in Frage gestellt.

Nicht erst seit dem ersten Weltsozialforum in Afrika hoffen die Herrschenden, dass den Kritikern der neoliberalen Globalisierung der Schwung ausgeht. Die sozialen Bewegungen aber wissen das und werden darauf reagieren. Das Fahrrad ist noch lange nicht umgefallen. Es hat gerade erst begonnen, Fahrt aufzunehmen.

*Dr. Erhard Crome arbeitet in dem Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist zuständig für Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, Europa und Sozialforumsprozesse.*

Fast drei Jahre sind mittlerweile seit der von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Berlin veranstalteten Konferenz zum gegenwärtigen Antisemitismus vergangen. Welche Erfahrungen sind in der Zwischenzeit in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland gesammelt worden? Welche Projekte wurden auf den Weg gebracht? Existieren inzwischen neuartige Erscheinungsformen des Antisemitismus, die zugleich neuartiger Methoden seiner Bekämpfung bedürfen? Diese Fragestellungen standen am 11. Januar 2007 im Mittelpunkt einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zu der Dr. Juliane Wetzel, Yves Pallade, Timo Reinfrank und Thomas Heppener als ReferentInnen eingeladen waren.



Horst Helas/Reiner Zilkenat

# Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland

*Nachbetrachtungen zu einer Konferenz*

Einleitend hob **Dr. Juliane Wetzel** vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin hervor, die nach 1945 gehegte Hoffnung, es werde nach der Erfahrung der Shoah ein Ende des Antisemitismus geben, habe sich als realitätsfremd erwiesen. In Ihrem Vortrag zählte sie mehrere Phänomene gegenwärtiger Judenfeindlichkeit in Deutschland auf: die Projektion der eigenen historischen Schuld auf die Juden, die Trivialisierung bzw. Verharmlosung des Holocaust, verschwörungstheoretische Auffassungen von einem dominierenden jüdischen Einfluss auf das Weltgeschehen sowie eine

enge Nachbarschaft antizionistischer und antisemitischer Anschauungen.

Als besonders besorgniserregend hob Wetzel das stetige Anwachsen des Antisemitismus in den europäischen Zuwanderungsgesellschaften hervor. Dieses Phänomen sei allzu lange von Politikern und von der Öffentlichkeit ignoriert worden. Entschieden wandte sich Wetzel in ihrer Rede gegen die These, dass mit einer Beendigung des Nahost-Konfliktes, an dem aus der Sicht nicht weniger Deutscher Israel die Schuld trage, der Antisemitismus weitgehend verschwin-

den werde. Dieser habe schließlich auch vor der Existenz des Staates Israel existiert. Allerdings räumte sie ein, dass die ungelösten Verhältnisse im Nahen Osten durchaus einen »Mobilisierungseffekt« für die Verbreitung des Antisemitismus hätten.

Im Rahmen einer Schilderung der von der OSZE initiierten Versuche, auf europäischer Ebene ein Netzwerk gegen Antisemitismus zu schaffen, wies Wetzel auf die Tendenz hin, das Problem Antisemitismus zu verharmlosen. Hierzu zählte sie auch Versuche, die Spezifik des Antisemitismus zu relativie-



Foto: Peter Meißner

lässlich der Auseinandersetzungen um den Libanon-Krieg, in Deutschland auch ein »linker Antisemitismus« sichtbar geworden sei. Insgesamt, so Pallade, treffe man in Deutschland Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild nur selten an, allerdings sei es immer häufiger der Fall, dass Versatzstücke judenfeindlicher Gesinnungen in die öffentliche Debatte Eingang fänden.

**Timo Reinfrank**, Koordinator in der Amadeu Antonio Stiftung, gab in seinem Vortrag einen Überblick zu neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland. Dazu gehöre vor allem, dass sich judenfeindliche Vorfälle in jüngster Zeit zunehmend »im öffentlichen Raum« abgespielt hätten. So würden inzwischen jährlich etwa 100 größer dimensionierte Schändungen von jüdischen Friedhöfen und von Synagogen registriert, diese überwiegend in den neuen Bundesländern. Als ein besonders abstoßendes Beispiel für den gegenwärtigen Antisemitismus führte Timo Reinfrank die Website der NPD an, auf der Vorschläge für Rundgänge von Hundebesitzern in Berlin zu finden seien, die jeweils entlang einer Route führen, die von »Stolpersteinen« für jüdische Opfer der Shoah gesäumt sei.

### ***Zu neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland gehört vor allem, dass sich judenfeindliche Vorfälle in jüngster Zeit zunehmend im öffentlichen Raum abspielen.***

Der Direktor des Anne-Frank-Zentrums Berlin, **Thomas Heppener**, berichtete über seine Erfahrungen im Rahmen der Arbeit mit Jugendlichen. So erklärte er, das Anne-Frank-Zentrum wende bei der Arbeit mit Jugendlichen die »biographische Methode« an. In einem Video stellten sich so Schülerinnen und Schüler, jüdische und nichtjüdische, zunächst mit ihren Ansichten z. B. über ihre

Hobbys, ihre Schule, zu Freunden und Eltern vor. Daraus ergebe sich eine weitgehende Identität mit dem Alltag, den Anschauungen und Problemen nichtjüdischer junger Leute. In einer zweiten Sequenz würden dann die spezifischen Lebensumstände von jüdischen Jugendlichen in Berlin deutlich gemacht: z. B. die Angst, angepöbelt oder verprügelt zu werden, nur weil man Jude ist.

Bei der vom Anne-Frank-Zentrum konzipierten Wanderausstellung zur Biographie Anne Franks gelte das Prinzip, dass jeweils Jugendliche aus dem betreffenden Ort, die sich freiwillig in den Schulen gemeldet haben, als »Ausstellungsbegleiter« durch die Ausstellung führen. Die Vorbereitung für diese Tätigkeit erfolge in einem Seminar, das Mitarbeiter des Anne-Frank-Zentrums organisieren.

Im mecklenburgischen Grimmen, berichtete Heppener, habe sich dabei vor kurzem die makabre Situation ergeben, dass zur Vorbereitung acht junge Männer erschienen, die eine CD mit sich führten, die gegen Anne Frank und die Authentizität ihres Tagebuchs gerichtet war. Diese CD wurde auch im Ort kostenlos verteilt. Selbstverständlich wurden diese »Interessenten« nach Hause geschickt. Weithin bekannt geworden seien außerdem die Vorgänge in Pretzin, einem Dorf in Sachsen-Anhalt, in dem bei Gelegenheit eines Sommerfestes das Tagebuch der Anne Frank sowie auch eine US-amerikanische Fahne in die Flammen des Lagerfeuers geworfen wurden. Da die herbeigerufene Polizei das Tagebuch der Anne Frank angeblich nicht kannte, wurde zunächst nur wegen »Sachbeschädigung« ermittelt. Zeugen für diesen Vorfall ließen sich nur schwer finden, vermutlich, da die Einwohner des Dorfes um dessen Ruf besorgt seien.

Trotz der in den Redebeiträgen erwähnten ermutigenden Initiativen bleibt anhand der von den Referenten vorgetragenen Realitäten doch die ernüchternde Gewissheit, dass auch diese nicht die letzte Konferenz zum Thema Antisemitismus in Deutschland gewesen sein wird.

ren oder zu leugnen, indem er als Teil eines allgemeinen Problems des Umgangs mit Minderheiten verstanden werden sollte. Wetzel machte deutlich, dass in nicht wenigen europäischen Staaten hier noch erhebliche Defizite vorhanden seien.

**Yves Pallade**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des American Jewish Committee in Berlin hob in seiner Rede unter anderem hervor, dass rechtsextreme Gruppierungen den von ihnen verbreiteten Antisemitismus zunehmend mit antikapitalistischen und anti-amerikanischen Inhalten anreicherten. Dies komme dann in Parolen wie »Kein Blut für Israel« oder in der verschwörungstheoretischen Auffassung zum Ausdruck, die US-amerikanischen Bankiers »von der Ostküste«, bei denen es sich überwiegend um Juden handle, würden die Geschehnisse der Welt leiten und manipulieren.

Ferner formulierte Pallade die These, dass in jüngster Vergangenheit, besonders an-



# Die Partei ist eine Baustelle

Peter Ostholt

## Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Begleiterin der neuen Linken

Am 16. Juni dieses Jahres, nach zwei parallelen Parteitagungen von WASG und Linkspartei und abschließender Urabstimmung, ist aller Voraussicht nach die Entwicklung abgeschlossen, die den sperrigen Titel »Parteineubildungsprozess« trägt. Für die politischen Akteure wird an diesem Tag das Ergebnis im Mittelpunkt stehen: Eine neue Linke, zumindest mittelfristig fest im parlamentarischen System verankert und politisch handlungsfähig. Während dies auch für die Stiftung ein Anlass zur Freude ist – neben der politischen Verbundenheit werden hier nicht zuletzt die eigenen Existenzbedingungen gesichert –, wird man hier zusätzlich mit ein wenig Stolz auf den Prozess selbst zurückblicken. In diesen war die RLS in einer für sie bisher seltenen Weise von den ersten Ideen bis zum erfolgreichen Abschluss involviert. Allerdings nicht als parteipolitischer Akteur, sondern als Ort für Debatten, Analysen und Bildungsprozesse.

Dass diese eigene Rollendefinition mit der öffentlichen Wahrnehmung zusammenfällt, war nicht immer so: Zwischen Gründung der WASG und dem gemeinsamen Antritt zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 sahen eine Reihe von Medien die Stiftung als Strippenzieherin im Hintergrund. »Schaltstelle einer neuen Linksfront« wurde die RLS etwa im Spiegel genannt, andere Medien zogen nach. Aufhänger war unter anderem ein 2003 bei der RLS veröffentlichtes Diskussionspapier von Michael Brie (»Ist die PDS noch zu retten?«), in dem das Konzept einer durch stärkere Ausrichtung an den neuen sozialen Bewegungen auch im Westen anschlussfähigen »PDS plus« entwickelt wurde. Zeigen diese und andere Studien aus der Zeit nach der »verlorenen« Bundestagswahl 2002 zwar, dass die RLS hier analytisch richtig lag, taugen sie jedoch nicht als Indiz für eine der Stiftung unterstellten Initiatoren-

rolle. Diese bei Teilen der WASG immer noch gelegentlich anzutreffende Position schätzt Rolle und Kapazität einer politischen Stiftung grundlegend falsch ein.

Tatsächlich hat die RLS seit Anfang 2004 den Prozess der Parteibildung der WASG und die folgenden Debatten um Kooperation und Fusion intensiv analysiert und begleitet. Öffentlich begann dies mit zwei großen Diskussionsveranstaltungen im Mai 2004 und im Mai 2005, letztere unmittelbar nach den NRW-Landtagswahlen, der Neuwahl-Ankündigung und Lafontaines Initiative für einen gemeinsamen Wahlantritt. Vor allem die westdeutschen Landesstiftungen und Rosa-Luxemburg-Clubs führten bis zu den Bundestagswahlen rund 20 Veranstaltungen zur »Linksbündnis-Frage« mit meist mehr als 100 TeilnehmerInnen durch. Aktive aus PDS, WASG und der nicht parteigebundenen Lin-

ken diskutierten dort – oft sehr kontrovers – über den gemeinsamen Wahlantritt. Rückblickend lässt sich die starke tagespolitische Ausrichtung kritisieren, die diese Veranstaltungen teilweise bekamen, bedingt durch die Dynamik der politischen Ereignisse. Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter brachte dies auf den Punkt, als er bei einer solchen Diskussion den Besuchern süffisant erklärte, eine so ausschließliche Fixierung auf das eigene politische Lager und dessen akute Probleme sei von Veranstaltungen andernorts nicht unbedingt gewohnt. Die starke Beteiligung an diesen Diskussionsangeboten zeigte jedoch, dass sich die Stiftung bundesweit als wichtiger Ort für solche Debatten etablieren konnte.

Nach der Bundestagswahl richtete die RLS ihr Bildungsangebot stärker an Themen und Fragestellungen aus, die von allgemeiner Bedeutung für die Entwicklung der linken Strömung sind. Die Reihe »Gesellschaftspolitische Foren« steht exemplarisch für diesen Anspruch: Gemeinsam mit dem Netzwerk WissenTransfer und der Zeitschrift Sozialismus hat der Stiftungsverbund quer durch die Republik bislang dreizehn dieser meist zweitägigen Kombinationen aus Vorträgen und Workshops veranstaltet. Von den Kernthemen der sozialistischen Linken wie Sozial- und Wirtschaftspolitik über klassische Kontroversen wie die Frage nach dem Nutzen von Regierungsbeteiligungen bis zu bislang defizitären Debatten, etwa zur Geschlechterdemokratie oder zu Fragen der Nachhaltigkeit, deckten die Foren ein breites thematisches Spektrum ab. Es gelang der Stiftung dabei, AkteurInnen aus beiden Parteien, nicht parteigebundene VertreterInnen linker Bewegungen und auch den wissenschaftlichen Bereich anzusprechen und in eine Diskussion miteinander zu bringen.

Die »Gesellschaftspolitischen Foren« in 2007 knüpfen an die im vergangenen Jahr begonnenen Debatten an: Die vor allem für die Linkspartei nach wie vor problematische (und gelegentlich tabuisierte) Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik und der Menschenrechte, Geschlechterdemokratie als ein

vor allem für die WASG programmatisch wie organisationspolitisch defizitäres Politikfeld und die Fragen nach der »modernen Linken« und ihrer Organisationsform, die im Zentrum der Auseinandersetzungen über Kooperation und Parteineubildung stehen. Am 6. Oktober zieht die Abschlussveranstaltung »Welche Zukunft hat die Linke?« eine Bilanz aus den Debatten der vergangenen zwei Jahre und identifiziert zentrale Zukunftsthemen.

Der 16. Juni 2007 setzt zwar den Schlusspunkt hinter eine sehr kontroverse Debatte, er ist aber erst der Beginn einer Neudefinition der deutschen Linken. In diesem Prozess werden die RLS und ihre Landesstiftungen Bildungsangebote gestalten können, die auf eine plurale linke Strömung zielen. Konkret wird die RLS in diesem Jahr ein vor allem auf die westlichen Bundesländer zugeschnittenes kommunalpolitisches Bildungsangebot etablieren und ihr Programm im Bereich des Politikmanagement weiter ausbauen. Grundeinkommen und Grundsicherung, der Nahostkonflikt oder die Herkunftslinien und Identitätstraditionen der Linken sind Beispiele für weiterhin strittige Themen der Linken. Mit inhaltlichen Analysen, Veranstaltungen und Politikberatung kann die RLS hier helfen, Debatten zu strukturieren und vor allem eine politische Diskussionskultur zu fördern, an der es der Linken im Augenblick noch zu häufig mangelt.

Dabei werden die Arbeitsbedingungen für die Stiftung objektiv besser: Nachdem zwei

Jahre lang ein erheblichen Teil der Kräfte in beiden Parteien durch die Organisationsfrage gebunden war, eröffnen sich jetzt wieder Freiräume für längerfristig angelegte Debatten und Blicke über den Rand der eigenen Organisation hinaus – Prozesse, für die eine parteinahe Stiftung eigentlich benötigt wird. Weiterhin wird es seltener Versuche strömungspolitischer Inanspruchnahme geben, mit denen sich die RLS in den vergangenen zwei Jahren verstärkt auseinandersetzen musste. Starke innerparteiliche Polarisierungen, aber auch der erfreulich große Zuspruch von neuen Aktiven aus dem Umfeld der beiden Parteien und der sozialen Bewegungen führten dazu, dass die Grenzlinie zwischen parteinaher politischer Bildung und Parteiunterstützung immer wieder neu vermittelt werden musste. Es sind dabei nicht nur die allen Parteistiftungen auferlegten zuwendungsrechtlichen Vorgaben, die uns an das parteipolitische Distanzgebot binden, sondern auch der eigene Anspruch an eine ergebnisoffene politische Bildung. Deren Aufgabe kann es nicht sein, eindeutige Antworten zu geben, sondern Fragen zu formulieren und Konflikte so aufzubereiten, dass sie diskutierbar werden.

Die »Wegbegleitung der neuen Linken«, wie sie in früheren Artikeln bezeichnet wurde, ist im Juni dieses Jahres nicht beendet. Sie wird als eine breit und langfristig angelegte Netzwerkarbeit fortgesetzt.

*Peter Ostholt ist Online-Redakteur in der RLS.*

Podiumsdiskussion »Sozialismus als Tagesaufgabe« im November 2005



Christoph Spehr

## Strangers in Moscow

*Wer die neue Linke will, muss Platz machen, sich schlau machen, aufmachen*



Christoph Spehr,  
freier Mitarbeiter der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wer die neue Partei, wer DIE LINKE. verstehen will, muss sich *Stranger in Moscow* ansehen. YouTube macht's möglich: Auf Google's neuer Plattform für Videoclips findet sich auch dieser geniale Video-Clip, den Regisseur Nicholas Brandt zu Michael Jacksons Song gedreht hat. In einer verregneten, schwarz-weiß gefilmten Großstadtszene werden fünf Menschen gezeigt, die in unterschiedlichen Einsamkeiten gefangen sind: Ein Obdachloser, der auf der Straße liegt; eine Frau, die in einem Café sitzt; ein älterer schwarzer Mann, der aus seiner Wohnung auf die Straße schaut; ein Junge, der über die Höfe geht, wo andere Jungs Baseball spielen und ein schwarzer Angestellter, der Geld in eine Parkuhr wirft. Während diese Menschen sich in »normaler« Zeit bewegen, geschieht alles um sie herum in Zeitlupe, scheint einzufrieren in der Bewegung. Als der Regen einsetzt, geben sie sich einen Ruck und gehen hinaus auf die Straße, einer nach dem anderen. Während alle anderen vor dem Regen weglaufen, drehen sie ihm das Gesicht zu. Sie bleiben getrennt, aber sie sind über den mysteriösen Regen verbunden, in dem sie etwas wahrnehmen, was die anderen nicht spüren – etwas, das sie schon einmal gekannt haben, von dem sie sich aus guten Gründen ferngehalten und verdrängt haben und zu dem sie jetzt zurückkehren.

Das wurde 1996 gedreht, drei Jahre vor den Protesten von Seattle, in deren Gefolge nicht nur die Sozialforumsbewegung ihren globalen Aufstieg nahm, sondern sich auch die Gründung eines neuen Typs von Linksparteien weltweit beschleunigte. Wer am Prozess der Parteibildung vor Ort teilnimmt, wird die Personen des Videos unmittelbar wiedererkennen. Den von Hartz IV und Verarmung unmittelbar Betroffenen, der sich das Bier in der Kneipe nach dem Parteitag eigentlich nicht leisten kann. Den linken Rentner, der schon viele Demonstrationen und Organisationen gesehen, mitgegründet und vor die Hunde hat gehen sehen und es nun doch noch einmal wissen will. Die Angestellte, die beileibe kein Opfer, aber oft unendlich müde ist. Der Junge, für den es eine existenzielle Angelegenheit ist, dass er sich zu der ihm vorgesetzten Welt organisiert verhält. Der Qualifizierte, der materiell noch ganz gut durchkommt, aber in seiner Arbeit nicht angemes-

sen handeln kann, obwohl er tatsächlich alles besser weiß als seine Vorgesetzten. Es sind – das sei gleich dazu gesagt – keine einfachen Menschen. Die neue Partei zu bilden, sich ihr zuzuwenden, bedeutet für sie alle: sich eine dünnere Haut leisten als sie sich die letzten Jahre erlaubt hätten. Sie alle gehen Risiken ein. Risiken, enttäuscht und verletzt zu werden. Karriere-Risiken. Risiken, Verführungen zu erliegen, die sie genau kennen und von denen sie sich ferngehalten hatten und die Folgen menschlicher Unzulänglichkeiten wieder zu erleben, an denen sie schon so vieles organisierte Handeln haben scheitern sehen.

Aber sie alle versuchen es. Und sie kommen wieder. Der Kredit, den sie der Sache geben, ist schnell verspielt, wenn es zu dick kommt; aber er ist ehrlich gemeint und bis zu einem gewissen Grad auch belastbar. Es sind Realisten, die da zusammenkommen, sie erwarten nichts Unmögliches. Aber sie erwarten ehrliche Anstrengung, keine starken Sprüche und keine verdeckte Agenda, keine vorher abgesteckten Entscheidungen und keine abgeschlossenen Zirkel.

Die meisten Beiträge zum Phänomen der neuen Linksparteien handeln eher vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, vom Bruch der Sozialdemokratie mit bisherigen sozialen Werten und Prinzipien, von der Zerstörung des europäischen Sozialstaat-Modells. Das ist auch alles richtig. Der Leidensdruck hat zugenommen und ohne den bewegen sich Menschen nicht. Aber die Geschichte beginnt früher und geht tiefer. Wenn es ein Zentrum gibt, um das sich die Sehnsüchte drehen, die derzeit mit der neuen Linken verbunden werden, dann ist es die Utopie einer populären linken Partei. Einer Partei, in der ganz normale Menschen Mitglied sind, die ganz normale Leben leben und eine ganz normale Sprache sprechen und die trotzdem einen radikalen Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen aufrecht erhält, eine radikale Kritik und eine radikal andere Perspektive als die des Mainstreams und die keine komischen Rituale pflegt, die nach außen offen ist, sich nicht auf Lösungen in Büchern ausruht, sondern kollektive Intelligenz bemüht, um Wege aus dem Schlamassel zu finden. Alles andere kann man auch in Lesezirkeln tun.

Was muss für eine solche Partei jetzt getan werden? Zunächst einmal muss für die unterschiedlichen Menschen, die sich auf sie einlassen, Platz gemacht werden. Ganz buchstäblich. Das beginnt bei der Kinderbetreuung auf dem Parteitag, auch wenn die vielleicht nicht gleich angenommen wird. Das geht weiter mit einer politischen Kultur, in der unterschiedliche politische Positionen angenommen und unterschiedliche politische Bindungen akzeptiert werden. In der auf Tribunalstimmungen, gegenseitiges Vorführen, Ausgrenzung und Anmache verzichtet wird und Stellvertreterkriege gegen »die Mächtigen« in der Partei ebenso deplaziert sind wie Einpeitschereien im Stil von »alles geht vor die Hunde, wenn wir nicht ...«. Wo die Ressourcen Gemeinsamkeit und Verschiedenheit gepflegt und nicht durch machtpolitische Manöver vergeigt werden. Pluralität als Produktivkraft sehen und tun was immer nötig ist, sie zu erhalten: Das ist das erste Gebot eines solchen Parteiprojekts.

Zweitens muss eine solche Partei, eine offene Organisation sein. Das heißt, sie muss offen sein für ihre Selbstveränderung durch die Mitglieder und sie muss sich über Prozesse definieren, nicht über Identitäten. Wenn die Prozesse gut und nicht ausgrenzend sind, dann passt immer noch eine Identität mehr rein in die Partei als bisher schon drin Platz hatte. Und das ist auch gut so. Vor allem aber muss eine offene Organisation anerkennen, dass wesentliche ihrer Ressourcen außerhalb von ihr liegen. Eine moderne linke Partei kann es sich nicht leisten zu ignorieren, dass sie nur eine Chance auf Wirkung hat, wenn sie im breiten Strom eines linken bzw. bewegungsorientierten Umfelds schwimmt. Dem muss sie Rechnung tragen. Das deutsche politische System privilegiert politische Parteien über Gebühr. Eine linke Partei, die nicht deutlich macht, dass sie anderen Politikformen auch materiell von diesen Privilegien abgibt (indem sie soziale Zentren unterstützt, sich für Bewegungen einsetzt, ihre Mittel und Möglichkeiten nicht nur für ihre eigenen organisatorischen Zwecke instrumentalisiert), kann auf Dauer nicht auf Solidarität und Unterstützung hoffen – kann nicht hoffen, eine anerkannte, populäre linke Partei zu werden.

Und drittens muss sie sich einem offenen Sozialismus verpflichtet sehen. Das heißt, die Partei muss anerkennen, dass die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung nicht vorbestimmt ist, sondern offen: dass die Menschen ihre Geschichte wirklich selbst machen, weil gesellschaftliche Transformation ein kooperativer Prozess mit offenem Ausgang ist, wenn auch auf Grundlage und im Rahmen der materiellen Möglichkeiten einer Gesellschaft. Das sagt sich leicht, ist aber schwer. Es bedeutet, dass es definitiv nicht ausreicht, nur im Rahmen der bestehenden Ordnung »was Gutes« zu machen, dass es aber ebenso wenig ausreicht, abstrakte Alternativen zum Kapitalismus zu formulieren, ohne sich auf reale Veränderungen einzulassen, die nur durch breiteste gesellschaftliche Bündnisse hindurch zu haben sind. Offener Sozialismus heißt auch, dass die politische Utopie für die Prägung durch unterschiedliche soziale Erfahrungen offen ist. Das bricht häufig auf an den Staatsvorstellungen, an den Politikmodellen, an den verschiedenen eigenen Lebensmodellen, die alle im Zweifelsfall sich und ihre Bedürfnisse für normaler halten als die der anderen. Hier geht es darum, die Besetzung der politischen Utopie durch Teilgruppen immer wieder aufzubrechen und zu öffnen für andere Erfahrungen und Be-

dürfnisse – weibliche statt männliche, prekäre statt abgesicherte, globalisierte statt nationale usw. Und offener Sozialismus heißt dann auch, das einzubeziehen und anzuerkennen, was sich außerhalb des engeren sozialistischen Felds an Utopien und utopischen Kriterien entwickelt hat – Ideen einer zukünftigen Gesellschaft und Ökonomie, die mehr an Open Source und Selbstorganisation geschult ist als an zentralisierter, vernünftiger Staatswirtschaft.

Auch Nicholas Brandt hat es wieder getan. Nach langen Jahren, in denen er sich nach Ostafrika zurückgezogen hatte und Tiere fotografiert hatte (berauschend schöne Aufnahmen übrigens, mit denen er in jüngster Zeit mehrere Ausstellungen hatte), hat er nun auch wieder die Kamera in die Hand genommen und einen Video-Clip gedreht. Den zu *Chasing Cars* von *Snow Patrol*, dem Titelsong der Ärzte-und-Ärztinnen-Serie *Grey's Anatomy*. Aber das ist eine andere Geschichte. Wichtig ist nur: Wie lang es auch her sein mag, wie viel schwierige historische Erfahrung auch dazwischen liegen mag: Man kann es wieder tun. Man kann wieder auf die Straße gehen oder in den Saal und eine linke Partei organisieren. Garantieren gibt es keine. Aber die Chancen sind gut.

Florian Weis

## Außensichten

Anmerkungen zu

»Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?«

Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter,  
Wiesbaden 2007



Im März 2007 erscheint im Wiesbadener VS-Verlag ein umfangreicher Sammelband zur Linkspartei, der wahrscheinlich für eine längere Zeit als zentrale politikwissenschaftliche Arbeit zu PDS, WASG und gemeinsamer Linkspartei Geltung behalten wird. Die meis-

ten Autoren kommen aus dem »Stall« des Göttinger Politikwissenschaftlers in Deutschland, Franz Walter. Das verspricht einiges, kein stereotypes Herangehen etwa und eine fachwissenschaftlich nicht immer gegebene Lesbarkeit. Beide Erwartungen löst das Buch ein.

Als Anfang März 2004 eine erste Welle von Beiträgen zur sich gerade formierenden WASG in den Tages- und Wochenzeitungen erschien, war Franz Walter einer der wenigen Kommentatoren, der das neue parteipolitische Phänomen ernst nahm, den oft konstatierten Populismus nicht nur negativ betrachtete, und durchaus Chancen für eine neue parteipolitische Formation ausmachte.

Was die neun Einzelbeiträge von Franz Walter und seinen durchweg jungen Mitautoren positiv von vielen politikwissenschaftlichen Arbeiten abhebt, ist ihre Verzahnung von notwendigen Methoden des wissenschaftlichen Mainstreams mit lebensweltlich und umfassenden politischen Betrachtungsweisen. Dabei kommt die Rezeption sowohl allgemeiner politikwissenschaftlicher und soziologischer Grundlagen zum Gegenstand von Parteien und Organisationen als auch speziell der bisherigen Literatur zur PDS nicht zu kurz. Dies gilt insbesondere für die Beiträge von Michael Koß, Matthias Micus und Franz Walter. Den Reiz des Buches aus Sicht eines Lesers im Umfeld der Linkspartei macht aber weniger diese gewissermaßen »solide« Komponente aus, als vielmehr die erstaunlich positive Einschätzung der Autoren hinsichtlich der Chancen der neuen Linkspartei, sich längerfristig zu etablieren. Das heißt nun nicht, dass die Autoren der Linkspartei durchweg besonders naheständen. Gerade deshalb sollten sich die Linkspartei-Politiker/innen für diese Einschätzungen interessieren. In ihrer Nüchternheit sind sie freilich auch wenig dazu geeignet, euphorischen oder auch besonders kritischen innerparteilichen Sichtweisen zu gefallen. Zwar werden innerparteiliche Debatten und Befindlichkeiten in einer für eine politikwissenschaftlichen Arbeit ungewöhnlich intensiven Weise berücksichtigt, trotzdem stellen sich viele aufgeregte Debatten unter Linken, für die Beantwortung der Frage nach den Erfolgschancen der neuen Partei als doch eher nachrangig dar.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Arbeiten zu PDS und WASG aus der RLS oder ihrem Umfeld in erheblichem Maße berücksichtigt werden. Gelegentlich schimmert allerdings

eine Deutung durch, wie sie z. B. von Robert Lorenz (Techniker der »kalten Fusion«. Das Führungspersonal der Linkspartei) in Bezug auf André Brie vertreten wird, nach der eine langfristige Planung des Parteineubildungsprozesses als Reaktion auf die Schwäche der PDS im Westen vorlag. Dies ist 2004/2005 gelegentlich auch der RLS unterstellt worden. Eine solche Einschätzung würde die Wirksamkeiten einer analytischen Beschäftigung mit der PDS durch die RLS doch weit überschätzen. Vielmehr erscheinen die vorherrschenden Interpretationen des Buches plausibler, so etwa die »(...) These, dass der Wandel der SPD eine Lücke der politischen Repräsentation erzeugt hat, die das Bündnis aus WASG und PDS geschickt zu nutzen wusste. (...) die meisten Wähler [sind] nach wie vor bestimmten politischen Inhalten treu geblieben, nur ihre Loyalität gegenüber den ursprünglich bevorzugten Parteien ist geschwunden. (...) Somit ist die Linkspartei, metaphorisch gesprochen, »Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie.« (Oliver Nachtwey/Tim Spier, Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, S. 14). Nun wird diese Einschätzung wohl kaum von allen in der Linkspartei und WASG geteilt oder positiv gesehen werden, doch spricht viel für sie. Das macht die neue Linkspartei allerdings noch nicht automatisch zu einer sozialdemokratischen Partei, weder im »Guten« noch im »Schlechten«. In dieser Vertretungslücke, die die Neumittigkeit der Sozialdemokratie geschaffen hat, in der fortwirkenden Bedeutung sozialer Gerechtigkeit als »kollektivem Frame« des Protestlagers in Deutschland in den letzten Jahren (S. 20), liegt verschiedenen Beiträgen des Buches zufolge eine Ursache für die relativ günstigen Prognosen, die den Erfolgsaussichten des Linkspartei-Projekts gestellt werden. Eine andere Ursache sieht Franz Walter (Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken) in der sozialen und generationellen Zusammensetzung der Wählerschaft: »Für eine linkssozialistische Partei ist diese Kombination von Bildungseliten und Unterschichten eine nachgerade idealtypische Ausgangskonstellation.« (S. 333). »Wenn es einen Nukleus der Linken in Deutschland geben mag, dann sind

es in der Tat die 1950-er Geburtsjahrgänge. Gut jeder dritte Wähler von Linkspartei.PDS kam in diesen Adenauer-Ulbricht-Jahren zur Welt. Deren politische Sozialisation lag bekanntlich in den 1970-er Jahren. Diejenigen, die in diesem Jahrzehnt geboren wurden, neigen allerdings am wenigstens zur politischen Linken.« (S. 334). Überhaupt betonen die Autoren verschiedentlich, dass die Unterschiede zwischen alter PDS und WASG weit geringer seien als es die Akteure zuweilen selbst darstellen. Micus spricht in seinem Beitrag von den durchaus ähnlichen Erfahrungen »(...) welche die westdeutschen WASG-Gewerkschafter und DDR-sozialisierten Postkommunisten verbinden. Beide Gruppen sind einerseits zutiefst materialistisch eingestellt, beide sind andererseits in einer Periode der ökonomischen Prosperität groß geworden und orientieren sich daher auf einen umfassenden sozialstaatlichen Ausgleich. In Westdeutschland nivellierten sich in den 1970er Jahren die Klassen- und Bildungsunterschiede zwischen Konfessionen, Kindern aus Facharbeiterfamilien gelang ein massenhafter sozialer Aufstieg.« (S. 232). Auch Robert Lorenz kommt zu der Einschätzung, »(...) die Verteilung der Führungsämter beherbergt ein Minimum an Konflikt- und Friktionspotenzial, sie kommt einer Idealbesetzung ziemlich nahe.« (S. 322). Freilich versäumen es die Autoren nicht, darauf hinzuweisen, dass günstige Voraussetzungen auch verspielt werden können.

Nun soll nicht der Eindruck vermittelt werden, das vorgestellte Buch sei eine einzige Lobpreisung der neuen Linkspartei. Jede und jeder, der sich in einer Perspektive teilnehmender Beobachtung mit den beiden »Quellparteien« beschäftigt, weiß um ihre Schwächen. Ihre mäßige Ausstrahlung etwa in alternative, linksliberale Milieus, die oftmals unverbunden nebeneinander stehenden Politikansätze und Themen, eine Ausklammerung mancher Konflikte, eine gewisse Unehrllichkeit im Umgang mit parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit, eine keineswegs überwundene Ost-West-Abgrenzung, um nur einige zu nennen. Auch ist der für die westdeutsche Linke ungewöhnliche Erfolg bei den Wahlen 2005 im Bereich von Arbeitslosen und Ar-



beitern keine gesicherte Wählerbasis, die Fokussierung auf die soziale Frage richtig und notwendig, aber auch problematisch, wenn sie zu einer monothematischen und damit kulturellen Einengung führt. Die Autoren beschreiben PDS, WASG und neue Partei auch keineswegs beschönigend, ihre Beiträge, die angesprochenen ebenso wie die hier nicht explizit erwähnten, bestechen vielmehr durch ihre Nüchternheit. Dazu gehört es etwa, den angeblich zentralen Dissenspunkt, ob die neue

Partei eine demokratisch-sozialistische sein solle oder nicht, zu relativieren, und taktisch-instrumentelle Motive in dieser Debatte nicht zu verschweigen.

Wer die positive Beurteilung des vorgestellten Buches überprüfen möchte, möge zum einen das Buch lesen, zum anderen zu den Diskussionsveranstaltungen mit den Autoren kommen, die die RLS an verschiedenen Orten in den nächsten Monaten durchführen wird.

*Florian Weis ist zuständig für die Koordination der Landesstiftungen in den westlichen Bundesländern.*

Meinhard Meuche-Mäker

## Hindernisse auf der Baustelle

*Was auf Linkspartei.PDS und Wahlalternative bei der Parteibildung zukommt – und warum das nicht immer ein Nachteil sein muss*

Seit einiger Zeit macht das Wort von der »Baustelle Parteibildung« die Runde. Das neue politische Projekt von WASG und Linkspartei.PDS wird in den kommenden Monaten Gestalt annehmen: Auf Parteitagungen im März und Juni sowie bei dazwischen liegenden Urabstimmungen der Mitglieder soll die Gründung der Partei DIE LINKE vollzogen werden. Neue gesellschaftliche Herausforderungen und die damit verbundenen Anforderungen an linke Politik stellen die Frage nach einem angemessenen Organisiertsein. Die zügige Umsetzung der Parteibildung – nicht nur aufgrund der in rascher Folge anstehenden Landtagswahlen und dem »Superwahljahr« 2009 – wird eine der Existenzfragen des neuen Projekts sein.

Auf Baustellen aller Art liegen naturgemäß mehr oder weniger große Hindernisse im Weg. Es wird darauf ankommen, dass die Akteure des Neuformierungsprozesses einen sinnvollen Umgang damit finden. Auf einige Problemlagen soll an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden.

### Differenzierte Gesellschaft – differenzierte Linke

Die Gesellschaft in der wir leben ist zunehmend differenziert, von unterschiedlichen Lebens- und Produktionsformen, kulturellen Bedürfnissen und Konflikten geprägt. In dieser gesellschaftlichen Umwelt ist auch die Linke in vielfältiger Weise differenziert. Unterschiede haben sich nicht zufällig herausgebildet, sondern sind Ergebnis historischer Entwicklungen und auch darin begründet, dass sie bestimmte soziale

Lebenslagen und kulturelle Praktiken zum Ausdruck bringen. Dies muss kein Zeichen der Schwäche sein, sondern kann unter bestimmten Bedingungen als Vorteil verstanden werden.

Die Linke wird natürlich auch in Zukunft – nicht nur in Deutschland – umfangreicher sein als das neue Parteiprojekt. Für Fausto Bertinotti spricht vieles dafür, dass es »in Zukunft in Europa zwei linke Lager geben« wird – »auf der einen Seite die reformistische Linke in Gestalt der Sozialdemokratie, auf der anderen Seite die alternative, antikapitalistische Linke wie sie von der Linkspartei.PDS verkörpert wird«. Auch in dieser wird es keine Vereinheitlichung von Theorie und Praxis geben, wie wir sie – zumindest als Anspruch – in den der Arbeiterbewegung nahe stehenden Organisationen des letzten Jahrhunderts kannten. Erfolgreiches gemeinsames Handeln in einem Parteiprojekt kann nicht auf Vereinheitlichung setzen, sondern braucht die gegenseitige Anerkennung von Differenzen.

### Offene und pluralistische Strömungspartei?

In diesem Sinne ist das linke Parteiprojekt auf die Existenz nicht-hierarchischer Strömungen angewiesen. Sie sollten nicht nur geduldet werden, sondern als notwendige Bereicherung verstanden werden – auch untereinander. Verschiedene Strömungen bräuchten die jeweils anderen als Korrektiv, der produktive Umgang mit Widersprüchen belebte sie und trieb sie gleichsam voran. Eine so verstandene Pluralität wäre nicht nur neu für die Linke hier zu Lande. Sie würde die ver-



Meinhard Meuche-Mäker, Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hamburg

schiedenen Positionen auch vor einem bloßen Nebeneinander bewahren, das auf ihre Konservierung hinauslief.

Gefordert sind also ein offener Umgang mit unterschiedlicher Herkunft sowie gemeinsames Lernen, das nicht nur die Herausbildung gemeinsamer politischer Praxis ermöglicht, sondern auch die individuelle und kollektive Handlungs- und Politikfähigkeit fördert. Wahlkämpfe können dabei genauso prägend wirken wie etwa die Mindestlohnkampagne. Das gemeinsame Projekt müsste zudem offen bleiben bzw. sich wieder öffnen, und die produktive Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften, mit Menschen in Kommunen und aus Bewegungen suchen. Die Linke darf sich nicht selbst genug sein.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich bedarf es als Grundlage des neuen Parteiprojekts in zentralen strategischen und programmatischen Fragen eines ausreichenden Vorrates an Gemeinsamkeiten. Ein notwendiges Minimum wäre die gemeinsame Auffassung, dass es eine Logik jenseits der neoliberalen Ausformung unserer Gesellschaft gibt. Ein weiteres wäre die Akzeptanz eines tragfähigen Organisationsverständnisses.

### **Schwierigkeiten mit Identität und Emotionalität**

Jegliche Organisation, also auch politische Bewegungen und Parteien, bildet eine kollektive Identität heraus. Die Herausbildung von Identitäten ist für die Politikfähigkeit von politischen Parteien und Bewegungen substantiell. Sie fußt auf programmatischen, kulturellen und emotionalen Gemeinsamkeiten, verdichtet sich in einer gemeinsamen Geschichte. Erfolge werden gemeinsam gefeiert, Niederlagen gemeinsam erlitten. Das Engagement für die Partei oder Bewegung wird aufgebracht, weil sich eine emotionale Bindung entwickelt, die zu einem Gefühl der Übereinstimmung, Zugehörigkeit und Identifikation führen kann.

Die elementare Bedeutung emotionaler Prozesse als wichtige Bedingung für das

Engagement der jeweiligen Akteure wird in parteiinternen Debatten häufig übersehen. Dies betrifft auch die Identifikation mit und die Loyalität gegenüber der »eigenen« Herkunftorganisation im Verhältnis zum neuen Parteiprojekt. Die Aufgabe besteht darin, die anstehenden Veränderungen so zu gestalten, dass die Identifikation mit den »alten« Organisationen nicht zum Hemmschuh für die Neubildung wird. Auch wenn das »Alte« teilweise in Strömungen und Netzwerken weiter besteht – es muss sich zugleich eine Identifikation mit der neuen Partei entwickeln. Kein leichtes Unterfangen, zumal Organisationen spezifische Kulturen ausbilden, die wesentlich ihren Alltag – das Parteileben – prägen. Neben Programmen und Statuten bestimmen sie oftmals Wert- und moralische Vorstellungen der Mitglieder, nicht selten sogar das Privat- und Familienleben. Einer der Gründe dafür, warum Parteien meistens Mitglieder nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit anziehen und andere, ihnen fremd erscheinende Menschen abstoßen.

Erfahrungen aus anderen Veränderungs- und Fusionsprozessen besagen, dass die Gefahr des Scheiterns nicht in erster Linie von der Unbeweglichkeit der Organisationsmitglieder, gar ihren egoistischen Motiven ausgeht. Die Gefahr liegt vielmehr darin, dass der Komplexitätsgrad eines solchen Prozesses unterschätzt wird. Der Wittener Organisationsexperte Rudolf Wimmer hat darauf hingewiesen, dass häufig noch ein instrumentelles, gewissermaßen ingenieurmäßiges Verständnis von Organisation sowie eine trivialisierende Konzeption der Veränderung bei den handelnden Personen hinzutreten. Notwendig wäre die Steuerung des Transformationsprozesses, indem die Eigendynamik in den Quellorganisationen bedacht, ihre Auswirkungen selbst wieder zum Teil des Prozesses gemacht und dabei ständig kommuniziert werden. Die Veränderung sollte also als ein rekursiver Prozess begriffen werden.

### **»Störfaktor« Mitglieder**

Unwägbarkeiten gehen aber nicht nur von den Politprofis in den Organisationskernen aus, sondern auch von den Mitgliedern.

Die zunehmende Individualisierung politischen Verhaltens und die abnehmende Integrationsfähigkeit früherer Großorganisationen werden auch Auswirkungen auf das neue linke Projekt haben. Das »generalisierte Vertrauen«, das sich Michael Grevén zufolge in einer langjährigen bis lebenslangen Loyalität gegenüber einer Partei ausdrückte, wird durch den Wandel auf eine individualisierte, situationsbedingte und von speziellen Zielen abhängige sowie zeitlich nicht kalkulierbare Unterstützung reduziert.

Schon im bisherigen Parteiformierungsprozess haben Mitglieder wichtige Fragen aufgeworfen und viele Sorgen artikuliert. Wenn programmatische Grundlagen, aber auch Symbole und Statute verändert werden, sind auch Kulturen und Gewohnheiten betroffen. Durch die Art und Weise des Prozesses kann verhindert werden, dass sich Mitglieder als Verlierer bzw. als Nichtdazugehörige sehen und zurückziehen, obwohl sie die Vereinigung der Parteien prinzipiell begrüßen.

Der Basis sollte deshalb die Sicherheit gegeben werden, dass sie auch zukünftig Mitwirkungs-, Entscheidungs- und Identifikationsmöglichkeiten behält. Wichtig ist es, horizontale – an den Partizipationsinteressen der Mitglieder orientierte – Praxis- und Debattenstrukturen hervorzuheben, die zugleich gemeinsame Lernprozesse ermöglichen und die neue Partei nach außen nicht abschotten.

Diese Skizzen zeigen, dass die Hindernisse der »Baustelle Parteibildung« teilweise umfahren, teilweise aber auch produktiv für den anstehenden Neubau genutzt werden könnten. Auf fertige Baupläne können sich die Mitglieder von Wahlalternative und Linkspartei dabei nicht verlassen. Wie das neue Haus einer linken Partei in der Bundesrepublik einmal aussieht, wird erst im gemeinsamen Vorwärtsschreiten sichtbar werden. Eines aber ist schon jetzt sicher: Das ist keine unattraktive Aussicht in der deutschen Parteienlandschaft.

Tom Strohschneider

# Die zwei Leben einer Studie

Der Leipziger Soziologe Peter Förster, »seine« 400 Kinder und eine einmalige Untersuchung

Wenn die Welle rollt, kommt Peter Förster mit dem Lesen kaum noch hinterher. Manchmal sind es so viele Briefe auf einmal, dass die Postbotin klingeln muss, weil der Kasten überläuft. Absender werden registriert, Papierbündel sortiert, Fragebögen gestapelt. In Deutschlands wohl kleinstem Wissenschaftszentrum herrscht dann Hochbetrieb.

Begonnen hat alles 1987. Im Auftrag des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig begann Förster, Schüler über ihre Erwartungen an das Leben und ihre politischen Ansichten zur DDR zu befragen. In jährlichen »Wellen« sollten die Jugendlichen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt Fragebögen ausfüllen. Was die beteiligten Wissenschaftler herausfanden, bestätigte andere Untersuchungen. Seit Mitte der achtziger Jahre nahm die Kritik an der DDR zu, erinnert sich Förster. Die »Sächsische Längsschnittstudie« zeigte nun, dass sich auch viele der inzwischen 16 Jahre alten Schüler aus Försters Untersuchung vom System bereits innerlich verabschiedet hatten. Veröffentlicht wurden solche Ergebnisse in der DDR natürlich nicht.

Die SED-Oberen betrachteten Meinungsforschung mit einem Argwohn, der nicht einmal unberechtigt war. Zwischen der Partei und »ihrer Arbeiterklasse« hatte sich ein Graben aufgetan, über den längst keine Brücke mehr Wunsch und Wirklichkeit verband. Die Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger dras-

tisch zurück. Mit einer Ausnahme, weiß Förster aus den Daten: Die Überzeugung, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben, war selbst an deren Ende kaum getrübt. Das hatte vorwiegend sozialpolitische Gründe – und wohl auch, dass bei der vorerst letzten Welle im Frühjahr 1989 für die 10-Klässler aus Försters Studie noch feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Dann kam die Wende.

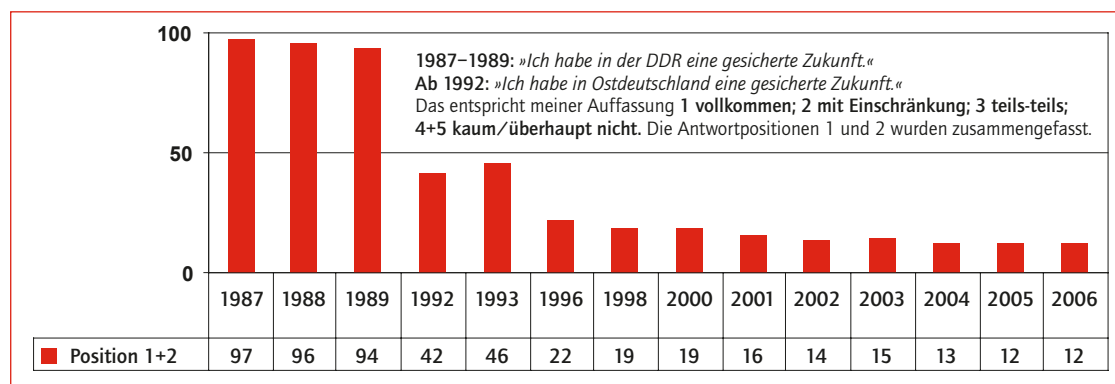
Peter Förster war damals hin und her gerissen, politisch enttäuscht – aber wissenschaftlich elektrisiert. Im Leben der Studienteilnehmer zeichneten sich gravierende Umwälzungen ab. Es war »die einmalige Chance«, sagt Förster, eine Analyse über das politische Bewusstsein, die im Realsozialismus begonnen hatte »unter realkapitalistischen Bedingungen fortzusetzen«. Würde aus der Kritik an der DDR eine Bindung an die Bundesrepublik wachsen? Wird die Wende begrüßt? Was wird aus der Zukunftszuversicht? Der Professor beschloss, weiterzulegen.

1990 begann das »zweite Leben« der Sächsischen Längsschnittstudie. Förster konnte bis heute 400 Teilnehmer bei der Stange halten. Manchmal nennt er sie »meine Kinder« – und das ist nicht einmal übertrieben. Nach 20 Jahren weiß Förster über manche von ihnen mehr als deren engster Freund. Und er leidet mit ihnen. »Wir mussten sozusagen live registrieren, wie die Massenarbeitslosigkeit, einem gefährlichen Virus gleich, unumkehrbar auch in diese Gruppe junger Ostdeutscher eindrang«, sagt Förster heute. 1996, da waren

Peter Förster (2002): **Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit.** Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Verlag Leske + Budrich Opladen.

Peter Förster (2006): **Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen. Beispiel: Die 32-Jährigen.** Eine ungewöhnliche Längsschnittstudie begleitet seit 1987 junge Ostdeutsche auf ihrem Weg aus dem realen Sozialismus in den realen Kapitalismus. Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse der 19. Welle 2005. Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mehr unter: [www.wiedervereinigung.de/SLS/](http://www.wiedervereinigung.de/SLS/)  
Kontakt: [prof.foerster@gmx.de](mailto:prof.foerster@gmx.de)



Veränderung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben im Trend 1987 bis 2006

»seine Kinder« ungefähr 24, hatte bereits die Hälfte ein- oder mehrmals Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit machen müssen. Im letzten Jahr, mit inzwischen 33, waren es schon 70 Prozent. »Tendenz zunehmend«, sagt Förster. »Ich könnte manchmal heulen, wenn ich sehe, was diese jungen Leute durchmachen.«

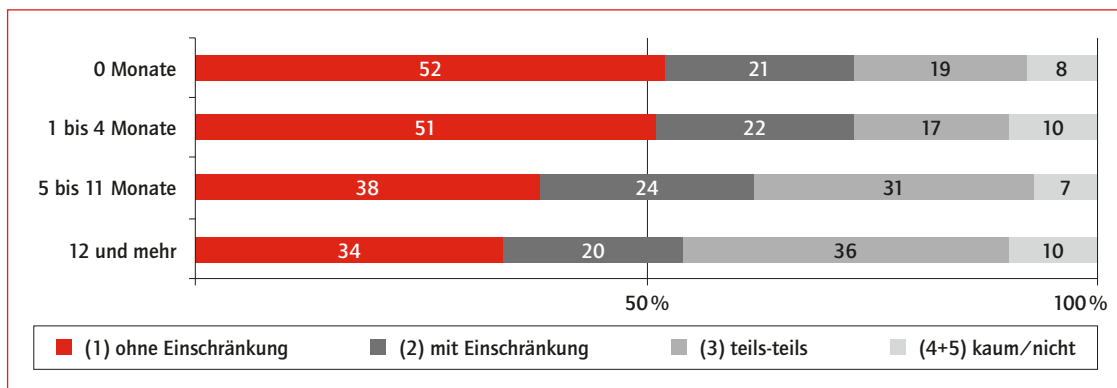
Das unsichere Sein nach der Wende hat sich mehr als deutlich auch im von Förster untersuchten Bewusstsein niedergeschlagen. Die Zuversicht der Jugendlichen über eine gesicherte Zukunft »stürzte nach der Wende nahezu völlig ab«, sagt Förster. Noch 1989 meinten 94 Prozent der Befragten, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben. 1992 glaubten dann nur noch 42 Prozent in Ostdeutschland daran, 2006 waren es gerade einmal 12 Prozent. Das hatte auch Auswirkungen auf das, was Förster die »politische Gretchenfrage« nennt: die Bejahung der Wende. 1992 hatte der gesellschaftliche Bruch noch verhältnismäßig gute Karten bei den zu diesem Zeitpunkt 19-Jährigen. Deutlich mehr als die Hälfte meinten damals uneingeschränkt, es sei »höchste Zeit« gewesen, »dass das SED-Regime beseitigt worden ist«.

14 Jahre später fällt die Zustimmung schon deutlich geringer aus. Förster spricht von einem »generellen Prozess der schleichenden Zurücknahme der Bejahung«, der allerdings einige interessante Ausreißer bereithält. Auffällig ist zum Beispiel, dass Frauen bisher immer weitaus skeptischer waren. Und auch, dass die Wende nach dem Wechsel zu Rot-Grün wieder größere Zustimmung fand. Das Ende der Kohl-Ära und der Abgang des »Vereinigungskanzlers« war offenbar »vorübergehend mit neuen Hoffnungen an die Regierenden verbunden«, meint der Soziologe. Doch bald schon setzte sich der Abwärtstrend wieder fort – »als Ausdruck erneuter politischer Enttäuschungen«, sagt Förster.

Manchmal muss man sehr lange hinschauen, um etwas zu verstehen. Das macht Försters Studie aus. Immer wieder wird die Untersuchung, die auch weltweit zu den am längsten andauernden zählt, als »einzigartig« gelobt. Doch öffentliche Unterstützung erhält Förster kaum. Einzige Mitarbeiterin des 74-Jährigen ist seine Ehefrau – sie hilft ehrenamtlich. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft gab Geld, auch die Fachhochschule Erfurt. Derzeit wird Försters »Forschungsstelle«, die im Kinderzimmer von Försters Wohnung am Leipziger Stadtrand residiert, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitfinanziert.

Letztes Jahr hat Förster die 20. Befragungswelle abgeschlossen. Wieder kamen 400 Briefe, wieder herrschte Hochbetrieb im Büro. Bei Kollegen stoßen Försters Ergebnisse auf Interesse, in der Politik eher weniger. Es scheint das systemübergreifende Schicksal von solcher Art Meinungsforschung zu sein. Dabei wäre die Politik nach Försters Meinung gut beraten, sich seine Studien genauer anzuschauen. Dann könnten die Verantwortlichen auch verstehen, »warum so viele Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen«. Je länger seine Studienmitglieder ohne Job waren, weiß Förster, desto geringer ist die Zustimmung zum Systemwechsel von 1989. Unter jungen Frauen im Osten, die schon ein Jahr und länger Erfahrungen mit dem Arbeitsamt machen mussten, schrumpft die Quote sogar unter 30 Prozent. Sein »ungewöhnlicher Blick auf die betroffenen Menschen im Osten«, sagt Förster, bringe mehr als bloß die amtlichen Statistiken über Erwerbslosigkeit. Wenn ihn doch öfter mal jemand fragen würde. Einmal rief das Bundeskanzleramt an und verlangte »schnellstmöglich« ein Exemplar einer der Jahresauswertungen von Förster. Gemeldet, sagt der Professor mit den 400 Kindern, hat sich danach niemand mehr. 2007 begeht die Studie den 20. Jahrestag ihres Starts 1987. An Aufhören denkt Förster noch lange nicht.

Bejahung der Wende 2006 differenziert nach der bisherigen kumulierten Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Wim Ehlers

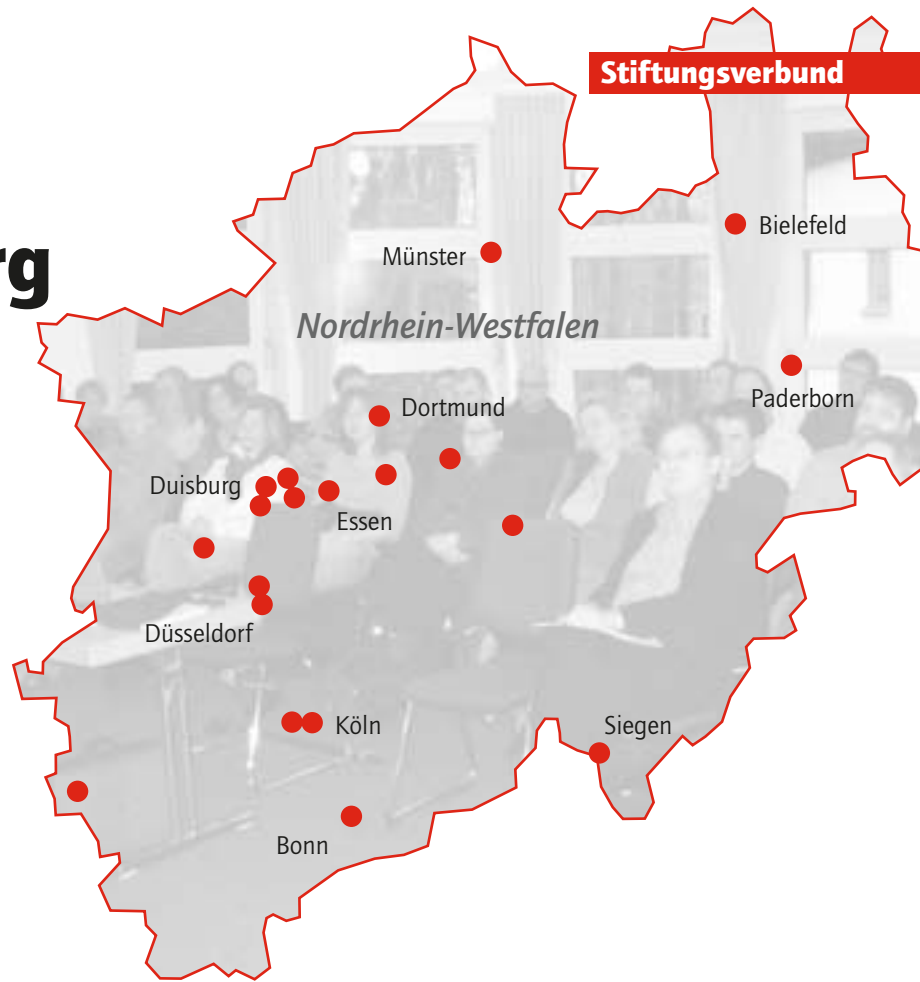
# Rosa Luxemburg erobert NRW

Jahrzehntlang dominierten die politische Bildung im bevölkerungsreichsten Bundesland die dortige Landeszentrale und die der SPD und CDU nahe stehenden Stiftungen. Ein Angebot für Linke gibt es erst seit zehn Jahren, aber in dieser Zeit wurde ein deutlicher linker Akzent in der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft gesetzt. Die Rosa-Luxemburg-Landesstiftung in Duisburg ist das Zentrum eines Netzwerks von inzwischen 15 Rosa-Luxemburg-Clubs, die landesweit flächendeckend aufgestellt sind und mit weiteren freien Kooperationspartnern ein engagiertes Bildungsprogramm anbieten.

Nicht zuletzt die Zusammenarbeit der Linkspartei. PDS und der WASG im Bundestagswahlkampf 2005 führte zu einer beachtlichen Zahl von Club-Neugründungen – besonders ausgeprägt im Ruhrgebiet, wo inzwischen fünf Clubs mit unterschiedlichsten Themenangeboten breite Bevölkerungsschichten ansprechen. Kooperationen mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, GlobalisierungskritikerInnen, Antifaschisten, MigrantInnen-Organisationen und religiösen Gruppen – aber auch mit Linksfraktionen in den Parlamenten bereichern das Angebot der Clubs, die sich zu landesweitem Austausch regelmäßig in Duisburg treffen.

So hat beispielsweise der Club Essen die Fußball-WM im vergangenen Jahr sowohl mit kritischen Veranstaltungen zum Thema Sport und Faschismus/Neofaschismus begleitet, als auch im Rahmen von »public viewing« gemeinschaftliches Fußballfeiern entstehen lassen. Der Club Dortmund wendet sich dagegen mit teils anspruchsvollen Inhalten an eine intellektuelle Linke mit universitärem Hintergrund und bindet so linke Wissenschaftler in aktuelle Diskussionen ein. »Christentum und Demokratischer Sozialismus« sorgte in Mülheim an der Ruhr in einer Veranstaltungsreihe für Aufsehen in einem Kreis von Zuhörerinnen und Zuhörern, die nicht zum allgemein üblichen Klientel für linkes Politikverständnis gezählt werden.

Mit je einer zentralen Veranstaltung pro Halbjahr greift die Landesstiftung übergeordnete Themen auf



und stellt sie in europäische Zusammenhänge. »Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa« und »Erneuerung des Sozialstaates in Europa« waren die Titel des vergangenen Jahres, die auch in Buchform veröffentlicht werden.

Mit Seminaren zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Rhetorik, die sehr schnell ausgebucht waren, begann die Stiftung 2007 nun auch damit, Grundlagen und Handwerkszeug für eine wirkungsvolle politische Bildungsarbeit anzubieten. Das Programm für das erste Halbjahr 2007 mit derzeit über 60 Terminen verspricht darüber hinaus Antworten auf die Frage »Was ist heute links?« und vielfältige Alternativen zu den vorherrschenden neoliberalen Politikangeboten.

Ein Ereignis besonderer Art wird die Mitarbeit am Stand der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 6. bis 10. Juni in Köln darstellen, wenn auf dem »Markt der Möglichkeiten« die Themen Gemeinschaft und Globalisierung behandelt werden.

*Wim Ehlers ist Schatzmeister der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen.*

**Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V.**  
Siegstraße 15  
47051 Duisburg  
Tel. 0203 3177392  
Fax 0203 3177393  
post@rls-nrw.de  
www.rls-nrw.de

Die Kontaktdaten der Rosa-Luxemburg-Clubs in Nordrhein-Westfalen finden Sie unter <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=stiftungsverbund>

2003

Rosa Luxemburg Stiftung

Представительство  
Фонда Розы Люксембург

Peter Linke

# LINKE SUCHT LINKE

*Drei Jahre RLS-Büro in Moskau*

»Büroleiter in Moskau« – als ich von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende 2004 mit dieser Aufgabe betraut wurde, freute ich mich riesig. Zum einen war es *die* Möglichkeit, Russland nach über fünfzehnjähriger journalistischer Fernsondierung erstmals wieder längere Zeit ohne Filter zu erleben. Vor allem jedoch reizte mich die Aussicht, noch einmal meine Zelte dort aufzuschlagen, wo ich lange vor unserer Zeit studiert hatte, in ein Land zurückzukehren, das ich nie verlassen hatte, ein Land, mit dem ich fremdelte, und das mir dennoch vertraut vorkam. Und in eine Stadt, von der ich arg-

wöhnte, sie würde sich meiner nicht erinnern, gleichwohl sie mich einst mit offenen Armen empfangen hatte...

Das Erbe meines Vorgängers Wolfgang Grabowski anzutreten, war eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Einerseits hatte er es vermocht, der Stiftung innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl exzellenter Partnerorganisationen zu erschließen. Mit diesen vom ersten Tag an arbeiten zu können, erleichterte mir den Einstieg in die neue Aufgabe ungemain. Andererseits genoss Wolfgang unter den gewonnenen Partnerinnen und Partnern

ein Ansehen, dem im Sinne kontinuierlicher Stiftungsarbeit gerecht zu werden für mich, den »Neuen«, eine Herausforderung der besonderen Art darstellte...

Als weitaus größte Herausforderung freilich erwies sich der Stiftungsauftrag, unter Russlands stark zersplitterten Linken nach potentiellen Partnern zu fahnden. Zusammen mit meinem russischen Kollegen Wladimir Fomenko machte ich mich auf die Suche. Interessante Menschen kreuzten dabei unseren Weg, von denen wir nicht wenige für gemeinsame Projekte gewinnen konnten:

Junge Künstlerinnen und Künstler, die in ihren Werken danach trachteten, den Widerspruch zwischen Tradition und Moderne produktiv aufzuheben, erfolgreiche Unternehmerinnen, für die Profit zu machen und sozial benachteiligten Frauen wieder auf die Beine zu helfen durchaus zusammenging, Arbeiterschachvetenaren, die ein längst vergessenes Stück proletarischer Emanzipationskultur ins Bewusstsein der Jüngeren rücken wollten...

Sie alle haben unser Verständnis für die Spezifik zivilgesellschaftlicher Prozesse in Rußland geschärft, indem sie uns jenseits hohler akademischer Transformationsphraseologie tiefe Einblicke in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten ihres Landes gewährten. Linke im modernen westlichen Verständnis waren sie deshalb freilich noch lange nicht.

Linke, die den Anschluss an den laufenden westlichen Diskurs suchen, trafen wir in anderen Zusammenhängen: in virtuellen *Chat*-Räumen, zu Felde ziehend gegen Altstalinisten und andere rot-braunen Gruppen. Natürlich haben wir auch einige *reale* Neu-Linke aufgestöbert und gemeinsam Veranstaltungen durchgeführt. Allzuoft freilich erwiesen sich diese Linken als Mitglieder diverser Kleinstgruppen, die jegliche Diskussion mit Vertretern anderer Kleinstgruppen kategorisch ablehnten, nur um nicht Gefahr zu laufen, pathologisch verinnerlichte Überzeugungen preisgeben zu müssen. Einig waren und sind sich diese Grüppchen lediglich in ihrer Ablehnung der Kommunistischen Partei, die durch ihre Existenz allein der Schaffung sozialistischer Verhältnisse im Lande massiv im Wege stehe. Die KP wiederum schlägt zurück, sieht sich trotz wiederholter Wahlschlägen und fataler in-

terner Machtkämpfe unverändert als führende linke Kraft, der sich anschließen zu dürfen Ehre und Auszeichnung sei...

Die Fragmentierung der russischen Linken – objektiver Ausdruck ihres progressierenden Einflussverlustes nach dem Machtantritt Wladimir Putins – setzt sich fort, was die Suche nach potenten Partnern alles andere als erleichtert.

Gleichwohl gibt unsere in vielen Seminaren mit Vertretern der russischen Zivilgesellschaft gemachte Erfahrung jenen Recht, die vermuten, daß die russische Gesellschaft insgesamt linker ist als es die im linken politischen Spektrum derzeit agierenden Kräfte sind oder sein wollen.

### **Entdeckungsreise zu Russlands linken Gestaden!**

All dies macht Lust auf mehr. Eine Linke, die es politisch strukturiert (noch nicht) gibt, latent jedoch bereits vorhanden ist, einer solchen Linken nachzuspüren, ist eine Aufgabe, die einer in globalen Zusammenhängen agierenden linken »Denkfabrik« wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung würdig ist.

Wie bemerkte ein kluger Mensch einmal so treffend: Das Wichtigste an einer Reise ist nicht anzukommen, sondern unterwegs zu sein. In diesem Sinne wird das Moskauer RLS-Büro seine Entdeckungsreise zu Russlands linken Gestaden jenseits des Horizonts fortsetzen. Nicht wie Alice im Wunderland, sondern eher wie Swifts Gulliver: mit (hoffentlich) sicherem Gespür für die sozial-politischen Realitäten postsowjetischer Transformation.

**Büro Moskau**  
 Prospekt Wernadskowo 84,  
 2/2003(2)  
 119606 Moskau, Russland  
 Tel. +7 95 4360 352  
 Fax +7 95 4360 252  
 rlsmoskau@mars.rags.ru  
 www.rosalux.ru

**Büroleitung**  
 Peter Linke, Jahrgang 1963;  
 Absolvent des Moskauer  
 Instituts für Internationale  
 Beziehungen (MGIMO);  
 wissenschaftlich-diplomatischer  
 Mitarbeiter des Ministeriums  
 für Auswärtige Angelegen-  
 heiten der DDR (MfAA);  
 Sektorleiter Sowjetunion/Ost-  
 europa im Amt des (letzten)  
 Ministerpräsidenten der DDR;  
 wissenschaftliche und Projekt-  
 arbeit in Berlin, London und  
 Minsk; Tätigkeit für deutsche  
 und japanische Massenmedien  
 mit Schwerpunkt Russland/  
 GUS/Ostasien; persönlicher  
 Mitarbeiter des Bundestags-  
 abgeordneten und europä-  
 politischen Sprechers der  
 PDS-Fraktion, Manfred Müller  
 (Berlin); seit Januar 2005  
 Leiter des Moskauer Büros der  
 RLS; Mitglied des Londoner  
 Internationalen Instituts für  
 Strategische Studien (IISS) und  
 der Deutschen Gesellschaft für  
 Auswärtige Politik (DGAP).

**Projektleitung**  
 Wladimir Fomenko

**Finanzen**  
 Tamara Borischtschewa

#### **Aktivitäten der Stiftung in der Region seit 2001**

- 2003 Eröffnung eines Auslandsbüros, derzeit Zusammenarbeit mit ca. 35 Partnerorganisationen

#### **Themenlinien**

- Konfliktprävention, internationale und regionale Kooperation und Sicherheit
- Probleme der EU-Osterweiterung und Umgang mit den »neuen Nachbarn«
- Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen
- Probleme des Sozialstaates
- Nationale Minderheiten, Migration und religiöse Vielfalt
- Gender-Gerechtigkeit
- Generationendialog, Jugend und Gesellschaft

# »Demokratischer Sozialismus zum neoliberalen Umbau



Prof. Dr. Dieter Klein, Mitglied des  
Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**PRO** Warum in aller Welt demokratischer Sozialismus? Zunächst – die gegenwärtige Welt mit ihrem Reichtum und ihrer Armut, mit Hochtechnologien und Arbeitslosigkeit, mit ihren Chancen und Gefahren und Ängsten ist nicht die beste unter den möglichen Welten. Eine andere, eine friedliche, die einhält mit der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, soll es schon sein. Eine Gesellschaft, die jeder und jedem sozial gleiche Teilhabe an den Grundbedingungen für die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit, Würde und Solidarität ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit das letzte Maß für Entscheidungen ist und Menschen ins Abseits geraten, wenn sie sich nicht »rechnen«. Eine Gesellschaft könnte es sein, die den Menschen selbst als ihren »wirklichen Reichtum« (Marx) betrachtet und die Arbeitswelt, das Gesundheitswesen, Bildung, Forschung und Kultur genau darauf einrichtet – eine gerechte Gesellschaft.

Die meisten werden solcher Zukunftsvorstellung sicher zustimmen. Aber warum solche Ziele, den Weg dahin und die Wertvorstellungen, die jedem Schritt auf diesem Weg eine Orientierung geben, dann ausgerechnet »demokratischen Sozialismus« nennen? Ein Begriff markiert Unverwechselbares. Eine emanzipatorische Gesellschaft, die sich durch eine lange Liste von Qualitäten auszeichnet, und schon der Prozess unterwegs zu ihr muss aber anstelle einer Aufzählung auf den Begriff gebracht werden: demokratischer Sozialismus. Der Name verweist zugleich auf den kategorischen Bruch mit dem untergegangenen nicht-demokratischen Staatssozialismus. Und er macht deutlich, dass es um mehr als um soziale Korrekturen des Kapitalismus geht, die bei

nächster Gelegenheit wieder abgebaut werden können. Dieser Begriff steht anders als andere mögliche Bezeichnungen für den Kern weitreichender Veränderungen: dass Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse zurückgedrängt und überwunden werden müssen, die einer kleinen globalen Machtelite mehr Einfluss auf das Leben von Milliarden Menschen geben als den von ihrer Macht Betroffenen selbst. Und mit diesem Begriff ist zugleich zu verbinden, dass es um einen voraussichtlich langen Demokratisierungsprozess geht, bis Mehrheiten ihr Schicksal tatsächlich selbst bestimmen.

Demokratischer Sozialismus meint also nicht allein eine Gesellschaft in ferner Zukunft, sondern den transformatorischen Prozess dorthin. Er wird nur praktisch, wenn Menschen Projekte ins Leben rufen, die zu mehr sinnvollen und existenzsichernden Arbeitsplätzen führen, wenn Bildung für alle unabhängig von sozialer Herkunft zugänglich wird und Benachteiligte wie Begabte besondere Förderung erfahren, wenn die Umwelt bewahrt und soziale Sicherungssysteme erneuert und gerecht finanziert werden. Demokratischer Sozialismus verbindet also das Machbare in der Gegenwart mit einer Öffnung über die Grenzen des Kapitalismus hinaus.

Sozialismus ist wie der Konservatismus und der Liberalismus eine der großen geistigen Strömungen der Moderne. Es wäre höchst eigenartig, gäben wir seine Wurzeln auf, indem wir ihn anders bezeichneten als anknüpfend an die emanzipatorische Herkunft sozialistischer Ideen.



# ist die linke Alternative der Gesellschaft«

**CONTRA** Die linke Alternative zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft ist die Errichtung eines modernen Sozistaats. Neben dem Schutz vor den großen Lebensrisiken Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut gehört dazu *»auch die gesellschaftliche Verantwortung für Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, für ausreichend kostengünstigen Wohnraum, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, für allgemein zugängliche kostenfreie Bildung, für ein Leben in Würde im Alter sowie für die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.«*<sup>1</sup> Der moderne Sozialstaat kann nicht einfach eine Kopie des ehe-, erwerbs- und erwachsenenorientierten Sozialstaats der alten Bundesrepublik sein. Er muss den neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten angepasst werden.

Ein neuer Sozialstaat wird uns nicht geschenkt. In zähem Ringen muss die Hegemonie des Neoliberalismus im Denken und Fühlen der Menschen überwunden werden. Dazu brauchen wir Erfolge im Kampf gegen den Neoliberalismus: abgewehrte Privatisierungen, Streikerfolge, gesetzlichen Mindestlohn usw.

Von einer Überwindung des Kapitalismus und demokratischem Sozialismus ist dabei noch keine Rede. Aber die Erkämpfung eines modernen Sozialstaats wäre für die Menschen dieses Landes ein gewaltiger Schritt, eine zivilisatorische Errungenschaft. Und er ist die Voraussetzung, um überhaupt einen Richtungswechsel, eine Reformalternative denken zu können. Im Neoliberalismus wer-

den die Menschen eher in die Passivität oder nach rechts getrieben.

Demokratischer Sozialismus ist also nicht die Alternative zum neoliberalen Umbau, sondern ein gesellschaftliches Ziel. Mit dem Begriff »Demokratischer Sozialismus« verbinden die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG unterschiedlichste Vorstellungen – bei weitem nicht alle Mitglieder der WASG würden sich heute als Anhänger dieses Ziels bezeichnen.

In politischen Diskussionen wird der Begriff oft instrumentalisiert. Er soll die Garantie für eine konsequente linke Orientierung der neuen Partei bieten, wird aber gleichzeitig von MitstreiterInnen hochgehalten, die nicht gerade zum linken Flügel der neuen Partei zählen werden.

Das uralte Ziel einer gerechten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, das die Arbeiterbewegung Sozialismus nennt, ist heute leider nicht mehr unbefleckt. Die Bilanz der meisten sich sozialistisch nennenden Gesellschaften ist negativ, sie existieren nicht mehr. Diese Erfahrung können wir nicht ignorieren. Um Menschen für einen demokratischen Sozialismus zu gewinnen, müssen wir erst einmal sagen, was wir darunter verstehen. Nach dem Zusammenbruch der DDR gab es ein viel beachtetes Graffiti in Ostberlin: »Die Arbeiter haben die Welt entschieden verändert, es ist an der Zeit, sie wieder einmal zu interpretieren.« Interpretieren wir, was wir unter »demokratischem Sozialismus im 21. Jahrhundert« verstehen.



MdB Dr. Axel Troost, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und Geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied der Partei Wahlalternative – Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)

<sup>1</sup> Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Stand 22. Oktober 2006

# Musik im postkolonialen Roman?

RLS-Stipendiatin Viola Prüschenk im Gespräch mit Cengiz Barskanmaz über ihr Promotionsprojekt

Foto: Majja Rieck



Viola Prüschenk,  
Stipendiatin der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Im November 2006 hat sie noch in San Francisco auf der Jahrestagung der *African Studies Association* einen akademischen Vortrag gehalten. Anfang Dezember 2006 war sie noch in Paris unterwegs um den Schriftsteller Daniel Maximin zu interviewen und seit Januar 2007 ist sie für ein Jahr zu einem Forschungsaufenthalt in Montreal (Kanada). Viola Prüschenk ist 28 Jahre alt und lebt seit 9 Jahren in Berlin. Sie ist Afrikawissenschaftlerin und promoviert über das Thema »Literarische Verarbeitung von Musik in (post-)kolonialen Romanen des französischsprachigen afrikanischen und karibischen Raumes.« Ihr Promotionsprojekt wird seit Juli 2006 von der RLS gefördert.

**Guten Tag Viola, das Thema deines Dissertationsprojekts klingt höchst interessant und anspruchsvoll! Was untersuchst du genau, was sind deine Thesen?**

**Viola Prüschenk:** Ich untersuche die sprachliche und inhaltliche Verarbeitung von Musik in (post-)kolonialen Romanen des französischsprachigen afrikanischen und karibischen Raumes. Dabei geht es mir zum einen darum, wie Musik versprachlicht werden kann und zum anderen darum, warum die AutorInnen mit Musik auf inhaltlicher Ebene arbeiten. Durch die Untersuchung exemplarisch ausgewählter Romane möchte ich zeigen, dass Musik eine Art »Subtext«, eine versteckte akustische Ebene innerhalb eines literarischen Werkes sein kann und dass auf dieser Subebene Inhalte mit politischem Aussagegehalt (z. B. gegen die [ehemalige] Kolonialmacht Frankreich, gegen Diktatur etc.) verbreitet werden. Um diese Ebene zu verstehen, ist die Kenntnis der jeweils verwendeten Musikstile und ihrer Entstehung sowie Bedeutung notwendig; sonst »überhört« man die wesentlichen Details sehr schnell.

**Inwieweit betrachtest du dein Promotionsthema als gesellschaftlich und politisch relevant?**

**Viola Prüschenk:** Es mag auf dem ersten Blick den Eindruck vermitteln, es gehe um ein ästhetisches Thema und wird nicht selten als realitätsfern disqualifiziert, aber gesellschaftlich und damit politisch ist es durchaus. Schon die Fokussierung auf den afrikanischen

bzw. karibischen Roman ist gesellschaftlich relevant, denn es geht um französischsprachiger Romane, die im deutschen Raum kaum wahrgenommen werden. Aber auch inhaltlich gibt es gesellschaftspolitische Anknüpfungspunkte. Ich werde in meiner Dissertation eben über das Ästhetische hinaus die politischen Komponenten der Musik, wie zum Beispiel die Identitätssuche der Schriftsteller oder die Unabhängigkeit und Abgrenzung von der (Ex-)Kolonialmacht Frankreich, näher betrachten.

**Was sind deine Zukunftspläne?**

**Viola Prüschenk:** Ich könnte mir dabei unterschiedliche Wege vorstellen. Lehre und Forschung im weitesten Sinne wäre die erste Option, aber angesichts negativer Tendenzen in den Afrikawissenschaften habe ich in Deutschland keine Chancen. In Berlin zum Beispiel existiert Afrikawissenschaften seit einem Jahr nicht mehr und in ganz Deutschland gibt es nur eine Professur für Afrikanische Literatur und Kulturen, an der HU Berlin. Plan B wäre eine Vertiefung in den Francophonie-Studien in Kanada, die sich auch diesen Literaturen widmen. Ansonsten könnte ich mich im Kulturbereich engagieren, da denke ich an das Haus der Kulturen der Welt, das sich schon um eine Wissenschaft und Wissensvermittlung auf einem relativ guten Niveau bemüht. Oder im kleineren Rahmen antirassistische (Wissens-)Bildungsarbeit. Ich denke auch daran, für die Sensibilisierung für mehr außereuropäische Literatur und Kultur im Lehrplan von Schulen zu arbeiten.

**Erzähle ein wenig über dein Engagement: Bist du gesellschafts-, hochschul- bzw. parteipolitisch aktiv?**

**Viola Prüschenk:** Eins kann ich gleich ausklammern: Parteipolitisch war ich bislang nicht aktiv. Ich mag mich nicht an eine inhaltlich organisierte Gruppe binden, ich konnte mich bisher auch in keiner Partei wiederfinden. Engagement muss nicht in der Partei sein. Hochschul- und gesellschaftspolitisch war und bin ich aktiv. Hochschulpolitisch habe ich in der Studienzeit einiges gemacht, ich war in Fachschaften meiner Studienfächer aktiv. Wir waren bei den Streiks und der Bachelor-Master-Debatte involviert, und das

Übliche. Gesellschaftspolitisch habe ich zum Beispiel in der Jugendredaktion von »Radio Dreyeckland«, dem ersten freien Radiosender in Deutschland, gearbeitet. In Berlin habe ich ein freiwilliges ökologisches Jahr gemacht, und weiter bei der ökologisch ausgerichteten Jugendnachrichtenagentur »Sinnflut« gearbeitet. Nach meinem Jahr in Senegal, 2002/2003 habe ich zusammen mit Freunden die audiovisuelle Ausstellung »Afrika in Deutschland: Bloß keine Schuldgefühle?!« konzipiert und in verschiedenen Stiftungen und Trägern, u. a. bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gezeigt. Aber seit meiner Promotion fällt es mir schwer, den richtigen Ausgleich zwischen Forschung und Engagement zu finden.

**Warum hast du dich überhaupt bei der RLS um ein Promotionsstipendium beworben?**

**Viola Prüschenk:** Ich wurde schon während meines Studiums durch die RLS gefördert, daher hatte ich bereits einen Bezug zur Stiftung. Und damit zusammenhängend ist für mich die RLS, und so auch die Linkspartei.PDS, immerhin die politische Seite, die sich eben mit Themen auseinandersetzt oder zumindest offen ist für diejenigen Themen, die mich auch interessieren. Wobei ich sagen muss, dass ich während meiner Studienförderung viel Überzeugungsarbeit geleistet habe, die MitstipendiatInnen zu überzeugen, warum der französischsprachige afrikanische Raum politisch relevant sein kann und sollte. Inzwischen aber ist die postkoloniale Fragestellung in die Stiftung und unter MitstipendiatInnen schon angekommen.

**Viola, die Stiftung fördert dein Promotionsprojekt ja nicht nur materiell. Welchen Rahmen bietet die Stiftung denn so bei der Förderung?**

**Viola Prüschenk:** Es lebt viel davon, was man selber macht. Man wird nicht nur gefüttert, man muss auch selber mitkochen, das ist das Prinzip. Schon der Umfang von Stiftungsveranstaltungen, an denen StipendiatInnen zuweilen mitarbeiten, ist beeindruckend. Ich habe den stipendiatischen Arbeitskreis »Kultur« mitbegründet. Dort ergab sich die Möglichkeit, dass StipendiatInnen mit ähnlichen Interessen sich zu rechtfinden und an verschiedenen Teilthemen arbeiten können. In Zukunft möchte ich mich aber gerne in der Bildungsarbeit engagieren. Es gibt außerdem die Möglichkeit, sich mit VertrauensdozentInnen der RLS auszutauschen. Letztes Jahr habe ich an der Ferienakademie mitgearbeitet. Die Ferienakademie ist eine selbstorganisierte jährliche Veranstaltung von und für StipendiatInnen. Dort wird eine Woche lang

über selbstausgewählte Themen in zahlreichen Foren diskutiert. Auch externe ReferentInnen werden eingeladen. Damit das Ganze ein wenig ausgeglichen ist, finden auch entspannende Veranstaltungen statt.

**Wie würdest du die Stiftung beschreiben und politisch verorten?**

**Viola Prüschenk:** Es ist schwierig, die Stiftung politisch zu verorten. Es wird immer wieder betont, dass die RLS die parteinahe Stiftung der Linkspartei ist. Durch die letzten parteipolitischen Entwicklungen, die eh jede Transparenz verloren haben, muss ich aber sagen, dass mir nicht mehr so klar ist, wofür und wie links die Linkspartei steht. Und entsprechend ist noch abzuwarten, welche Einflüsse diese Entwicklungen auf die Stiftung haben werden. Denn nach meiner Wahrnehmung beeinflusst eher die Linkspartei die Stiftung und nicht umgekehrt. Ich würde trotz allem sagen, die RLS ist eine offene linksorientierte Stiftung, die einen kritischen Blick auf die Gesellschaft, Politik und Bildung erlaubt.

**Viola, vielen Dank für das Interview und viel Erfolg mit deiner Forschung in Montreal.**

*Cengiz Barskanmaz ist Stipendiat der RLS.*

Der nächste Bewerbungstermin für Studien- und Promotionsförderung durch die RLS ist der 30. April 2007.

Weitere Informationen finden sie unter <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=studienwerk>.

Auf einer Ferienakademie



Jochen Weichold

# Eine Schatzkammer zur Staatstheorie

## Die Johannes-Agnoli-Bibliothek



Ein Blick in die Bibliothek

Johannes Agnoli wurde am 25. Februar 1925 in Valle di Cadore in Italien geboren. Nach seinem Studium in Tübingen und Promotion bei Theodor Eschenburg lehrte der Politikwissenschaftler in Berlin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der FU. Vor allem durch sein bekanntestes Werk »Die Transformation der Demokratie«, das er 1967 zusammen mit Peter Brückner vorlegte, wurde er zu einem der profiliertesten materialistischen Staats- und Parlamentarismuskritiker der BRD und übte nachhaltigen Einfluß auf die außerparlamentarische Linke aus. Er starb am 4. Mai 2003 in San Quirico di Moriano bei Lucca in Italien, wo er nach seiner Emeritierung gelebt hatte.

Anfang 2006 gelang es der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Bibliothek von Johannes Agnoli zu erwerben. Der Wissenschaftler, der an der Freien Universität Berlin wirkte, gehörte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den wichtigsten antitotalitären Gelehrten, die den Focus ihres Denkens auf die Freiheit richteten. Johannes Agnoli war eine Persönlichkeit, die unabhängig von allen Konjunkturen die Werte der Aufklärung hochhielt, zugleich aber die damit verbundenen Gefahren immer wieder ins Bewusstsein hob. Agnoli verkörperte einen jener – für die deutschen Zustände nicht gerade typischen – Menschen, die zumindest in unserem Nachbarland Frankreich gemeint sind, wenn von Intellektuellen die Rede ist: jemand, der in der Öffentlichkeit von der kritischen Vernunft Gebrauch machte, sich einmischte, Verantwortung für das Ganze empfand, ohne nach der Macht zu greifen oder sich Ideologien zu unterwerfen, sich von bedrohlich empfundenen Entwicklungen nicht feige abwendete, sondern aussprach, was er sah. Kurz: ein Mensch, von

dem das 21. Jahrhundert sehr viele werden benötigen, soll nicht auf das »Jahrhundert der Extreme« – eine Klassifizierung, die sich für das 20. Jahrhundert durchgesetzt hat – ein »Jahrhundert der Katastrophen« folgen.

Für die Erforschung des Wirkens von bedeutenden Gelehrten sind seit Alters her drei Elemente unverzichtbar: das eigene gedruckte Werk, die archivarischen Hinterlassenschaften und die Privatbibliothek. Diese Art von Bibliotheken sind mehr als die Summe der in ihnen versammelten Bücher und deshalb in ihrem Wert kaum überschätzbar. Für jene Wissenschaftler, die sich mit dem Wirken Johannes Agnolis befassen wollen, ist seine Bibliothek ganz sicher eine unschätzbare Quelle, da nicht wenige der überlieferten Bände Anmerkungen, Anstreichungen, Lesezeichen etc. enthalten, die interpretiert werden können. Zu den Eigenarten dieser Bibliothek gehört es, dass der Wissenschaftler Agnoli von einigen mehrbändigen Werken nur ein oder zwei Bände anschaffte, die ihm für sein Spezialgebiet von Bedeutung erschienen.

Die Johannes-Agnoli-Bibliothek umfasst rund 1.500 Bücher und Broschüren. Sie stellt eine einzigartige Sammlung von Literatur zur Staatstheorie und Staatsphilosophie dar und deckt die gesamte Bandbreite von Vorstellungen über den Staat ab. Sie reicht von faschistischen Auffassungen über bürgerlich-liberale bzw. bürgerlich-demokratische bis zu marxistischen, leninistischen und stalinistischen Positionen bzw. bis zur anarchistischen Ablehnung jeglichen Staates. Der interessierte Wissenschaftler findet sowohl diverse Nachschlagewerke als auch eine Vielzahl von Einzelschriften zum Thema.

Die Bücher und Broschüren der Johannes-Agnoli-Bibliothek wurden entsprechend einer Übergabe-Liste, die die Familie Agnoli erstellt hatte, auf Vollständigkeit überprüft, in den Regalen im Magazin gesondert alphabetisch aufgestellt und so für die Benutzung erschlossen.

*Dr. Jochen Weichold ist Leiter des Bereichs Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

## Rezension

# Zwei Kilo deutsch-deutsche Parallelgeschichte

In der deutschen Geschichte seit dem frühen Mittelalter war die Existenz eines Einheitsstaates die Ausnahme. Nur zwischen 1917 und 1945 existierte ein solches Staatsgebilde und es waren wahrlich nicht die besten Jahre der deutschen Vergangenheit.

Vor dem Hintergrund des 1990 vollzogenen Weges in die deutsche Einheit legten im vergangenen Jahr drei Herausgeber und 40 Autoren aus Ost und West sowie aus Frankreich, darunter die Historiker bzw. Sozialwissenschaftler Marcel Boldorf, Horst Dähn, Bernd Florath, Reinhard Mocek, Jean Mortier, Ulrich Pfeil, Alexander von Plato und Volkmar Schöneburg, auf 1.357 Seiten ein Handbuch zur Deutschen Zeitgeschichte von 1945 bis 2000 vor. Das Endprodukt wiegt fast zwei Kilo und ist somit ein in jeder Hinsicht gewichtiges Werk.

Die Autoren des Handbuches untersuchten die Entwicklung von Gesellschaft, Politik sowie der beiden deutschen Staaten. Hinzugefügt wurde auch eine CD-ROM mit umfangreicher Zeittafel, Bibliographie sowie einem annotierten Personenverzeichnis mit zahlreichen zusätzlichen Informationen. Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Buchprojekt bietet dem Leser durch Struktur und Konzept manches Neue.

Die Herausgeber Clemens Burrichter, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan nahmen die seit mehreren Jahren geführte Debatte über die deutsch-deutsche Parallelgeschichte ernst und untersuchten in neun Schwerpunkten der gesellschaftlichen Entwicklung (politische Systeme, Rechtssysteme, Zweistaatlichkeit in internationaler Perzeption)

sowie 23 Politikfeldern die Geschichte von DDR und Bundesrepublik nebeneinander und im stadialen Vergleich. Sie bemühen sich um eine vorurteilsfreie Sicht beider deutscher Staaten auf gleicher Augenhöhe. Neu ist ebenfalls die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte nach der Vereinigung von 1990, wenngleich für die zehn Jahre bis zur Jahrtausendwende die Quellenlage für historische Untersuchungen noch recht dürftig ist.

Kernstück des Handbuches ist ein historischer Überblick aus der Feder des Wirtschaftshistorikers Jörg Roesler, der auf rund 150 Seiten die Geschichte beider deutscher Staaten unter der Schwerpunktsetzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung untersucht. Ihm schließt sich ein kritisch gehaltenes Essay des Politikwissenschaftlers und langjährigen verantwortlichen Redakteurs der Wochenzeitung »Das Parlament«, Johannes L. Kuppe, über das vereinigte Deutschland nach Überwindung der Zweistaatlichkeit an. Zweifellos werden vor allem diese beiden Beiträge viel Stoff für kontroverse Debatten liefern.

Herausgeber und Autoren haben ihr Handbuch vor allem für Multiplikatoren in der politischen Bildung erarbeitet. Sie wenden sich aber auch an Lehrer und Journalisten, Lehrende und Lernende an Universitäten sowie an alle, die an deutscher Zeitgeschichte im In- und Ausland Interesse haben. (red.)



Clemens Burrichter/Detlef Nakath/  
Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.)  
**Deutsche Zeitgeschichte  
von 1945 bis 2000**  
Gesellschaft – Staat – Politik  
Ein Handbuch

Karl Dietz Verlag Berlin 2006  
1.357 Seiten  
gebunden im Schuber  
mit einer CD-ROM »Chronologie 1945 bis 2000  
und Gesamtbibliographie«  
98,00 Euro  
ISBN 978-3-320-02069-9



Texte 17  
 Erhard Crome  
**Sozialismus im 21. Jahrhundert**  
 Zwölf Essays über die Zukunft  
 239 Seiten, 14,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02057-6

Texte 19  
 Michael Brie,  
 Cornelia Hildebrandt (Hrsg.)  
**Für ein anderes Europa**  
 Linksparteien im Aufbruch  
 442 Seiten, 19,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02066-8

Texte 23  
 Michael Brie (Hrsg.)  
**Die Linkspartei**  
 Ursprünge, Ziele,  
 Erwartungen  
 96 Seiten, 9,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02072-9

Texte 25  
 Meinhard Meuche-Mäker  
**Die PDS im Westen**  
**1990–2005**  
 Schlussfolgerungen für  
 eine neue Linke  
 112 Seiten, 6,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02073-6

**Bestellungen über:**

Buchhandel

Karl Dietz Verlag Berlin  
 info@dietzberlin.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
 Tel. 030 44310-123  
 Fax 030 44310-122  
 info@rosalux.de



**Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung erscheinen beim Karl Dietz Verlag Berlin. Die Titel der in der Reihe »Texte« erschienenen Publikationen sind Ausdruck des vielfältigen Angebotes zu zentralen Themen linker politischer Bildung.**

Erhard Crome, bekannt als Analytiker des internationalen Zeitgeschehens, zieht eine nüchterne Bilanz aus den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ebenso wie aus der zuvor nicht gekannten Offensive eines aller sozialer Verantwortung entkleideten Kapitalismus. Scheinbar gibt es keine Alternative. Doch dieses Denken blamiert sich immer mehr. Viele, die dachten, das Thema Sozialismus sei weltgeschichtlich erledigt, beginnen zu ahnen: Die Geschichte ist voller List. Sozialismus steht wieder auf der Tagesordnung, als Lösung für die Probleme, mit denen die Mühseligen und Beladenen heute zu ringen haben. Es wird eine andere Welt geben, eine, die Freiheit und ein auskömmliches Dasein, Solidarität und Selbstbestimmung, Brüderlichkeit und ein gutes Leben zusammen und gleichzeitig möglich macht. Dies ist keine Anleitung zur Durchführung der nächsten Weltrevolution. Dieses Buch soll eher eine Anregung zum Nachdenken sein. Wer die jetzige Welt für die beste aller möglichen Welten hält, sollte es sofort weglegen.

Die Europäische Linke ist immer noch geprägt von den Folgen des Untergangs des sowjetischen Staatsozialismus und schon erfasst von einer neuen globalen Bewegung gegen die Entfesselung des Kapitalismus und imperialer Herrschaft. Sie agiert noch aus der Defensive und konnte schon Erfolge in der Mobilisierung von Protest und Widerstand aufweisen. Sie hat durch die neoliberale Orientierung vieler sozialdemokratischer Parteien potenzielle Bündnispartner verloren und kämpft schon um die Formierung eines neuen historischen Blocks des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und globalen Richtungswechsels. In dieser Situation bietet dieses Buch einen systematischen Überblick über die grundlegenden Herausforderungen der Linksparteien in der Europäischen Union und gibt zugleich tiefe Einblicke in die Geschichte, Struktur und Strategie einzelner Linksparteien von Norwegen bis Italien, von Russland bis Spanien. Das Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Kooperation der Linken in Europa.

Ein »Gespenst« ist aufgetaucht in Deutschlands Politik: Die Linkspartei. Schon jetzt, da sie sich gerade erst zu formieren beginnt, hat sie die Verhältnisse erschüttert. Weil die Zeit reif ist. Reif für lauten Protest gegen den Neoliberalismus – und reif für Alternativen. »Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe« – die Warnung des Walter Benjamin hat brennende Aktualität gewonnen. Drei Ursprünge hat die Linkspartei: die Vielen im Lande, die nach Alternativen suchen; die Linkspartei.PDS und die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Wie wird die neue Partei den hohen Erwartungen, die an sie gestellt sind, gerecht werden können? Welchen Platz wird sie einnehmen in einer Gesellschaft, in der die herrschenden (west)deutschen Kassenkompromiss der Nachkriegszeit endgültig aufgekündigt haben – und zwar zugunsten der Kapitalmacht und der neoliberalen »Konter-Reform«? Zehn Autorinnen und Autoren stellen erste Antworten zur Diskussion.

Weshalb ist die PDS im Westen – zumindest scheinbar – gescheitert? Warum wurde sie im Westen nicht akzeptiert und konnte sich nicht als erfolgreiche politische Kraft etablieren? Wer die Ursachen, also gewissermaßen die großen Schwächen und die kleinen Stärken der PDS in den westdeutschen Bundesländern näher kennt, kann Schlussfolgerungen ziehen, die im Formierungsprozess der Linkspartei von Nutzen sein können. Wer zukünftig zusammenarbeitet, gar ein gemeinsames, solidarisches und tragfähiges Projekt entwickeln will, sollte daran interessiert sein, gegenseitige Fremdheit und Unkenntnis abzubauen. Zunächst werden Grundzüge der Entwicklung der PDS im Westen nachgezeichnet. Anschließend werden Aspekte der Binnenstruktur der westdeutschen Landesverbände, ausgewählte politische Schwerpunkte und Problemstellungen sowie ihre Funktion im Rahmen der Parteienkonkurrenz untersucht. Analysiert werden die Wahlbeteiligungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern und mögliche Perspektiven und Chancen einer erweiterten politischen linken Formation.



Texte 28  
Dieter Klein  
**Milliardäre – Kassenleere**  
**Rätselhafter Verbleib**  
**des anschwellenden**  
**Reichtums**  
2., überarbeitete Auflage  
223 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02092-7

Ein Mythos wird verbreitet. Es sei nichts mehr da für den Erhalt oder die Verbesserung sozialer Standards. Opfer seien das Gebot des Zeitgeistes. Aber wo verbleibt der anschwellige Reichtum? Was ist überhaupt Reichtum? Er bleibt den einen fern, weil er bei den anderen als Kapitalreichtum, als erdumspannende Macht anwächst. Doch er wächst bei extremen Verlusten: Zerstörung von Reichtum durch Kriege, Umweltkrisen und vermeidbare Krankheiten. Er wächst in destruktiven Gestalten, die für die meisten Abzug von Wohlfahrt bedeuten: Rüstungsproduktion und Wegwerfgesellschaft, Ausweitung von Wirtschaftskriminalität und von mafiosen Wirtschaftssektoren, in denen mit Waffen, Drogen, Rohstoffen, Frauen und Kindern gehandelt wird. Schon die Quellen des Reichtums – Arbeit und Natur – sind defekt: Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite und Umweltzerstörung. Was sind Alternativen zu einer Reichtumsentwicklung, die sich vielfach selbst verzehrt? Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dieter Klein legt nicht nur eine brillante Analyse vor, sondern zeigt auch Auswege auf.



Texte 29  
Peter Bathke,  
Susanne Spindler (Hrsg.)  
**Neoliberalismus und**  
**Rechtsextremismus in Europa**  
**Zusammenhänge – Wider-**  
**sprüche – Gegenstrategien**  
225 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02086-6

Sind Neoliberalismus und Rechtsextremismus kompatibel oder schließen sie einander aus? Der Band bietet eine Analyse des sowohl ineinander greifenden als auch widerspruchsvollen Verhältnisses von Neoliberalismus und Rechtsextremismus in der Gegenwart. Ideologeme rechtsextremen und neoliberal-etablierten Denkens werden ebenso hinterfragt wie das Ineinandergreifen staatlichen Handelns und rechter Argumentationsmuster. Rechtsextreme Antworten bezüglich neuer Unsicherheiten in Arbeit und Alltag beeinflussen gewerkschaftliche Arbeit oder erscheinen in medialen Diskursen. Sie finden sich eben nicht nur am Rand, sondern mitten in der Gesellschaft. In verschiedenen europäischen Ländern zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen, aber auch Gemeinsamkeiten. Sie werfen die Frage auf, wie diesen Prozessen ein solidarisches politisches Handeln entgegengesetzt werden kann.



Texte 30  
Michael Brie,  
Cornelia Hildebrandt  
(Hrsg.)  
**Parteien**  
**und Bewegungen**  
**Die Linke im Aufbruch**  
264 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02087-3

Die parteipolitische Linke ist im Umbruch, sie organisiert sich auch europäisch. Welches sind die Potentiale, Probleme und Widersprüche dieses Aufbruchs? Dieses Buch gehört zu den wenigen, die sich dieser Frage stellen. Die Autoren setzen sich mit linken Strategien zur Veränderung von Kräfteverhältnissen, der Entwicklung von alternativen Projekten und zur Schaffung neuer linker pluraler Allianzen und Formationen auseinander. Welche neuen Formen des Politischen kann die neue europäische Linke entwickeln, was liegt ihnen zu Grunde und bildet die soziale, politische und kulturelle Basis für den Aufbau einer breiten linken Allianz gegen neoliberale Politik? Einen besonderen Schwerpunkt bilden die gegenwärtigen Entwicklungstrends linker Parteien in Parlamenten und Regierungen. Welche gesellschaftlichen Funktionen nehmen sie dabei wahr, was sind ihre spezifischen Aufgaben und wie verändern sich ihre Strukturen und Arbeitsweisen? Wo gibt es Innovationen und auf welche Probleme stoßen die Parteien dabei? Gibt es einen neuen linken Pluralismus und bewährt er sich in den Kämpfen um den Einfluss und Richtungswechsel der Politik?




Texte 31  
Raimund Krämer,  
Armin Kuhn  
**Militär und Politik**  
**in Süd- und Mittelamerika**  
**Herausforderungen**  
**für demokratische Politik**  
106 Seiten, 9,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02089-7

Wozu über Militärs in Süd- und Mittelamerika reden? Die Zeit der Diktaturen mit finsternen Generälen an der Spitze jener Staaten und hochgerüsteten Soldaten in den Straßen der Hauptstädte des südlichen Amerikas scheint doch vorbei zu sein. Ende der 80er und dann in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zogen sich die Militärs aus der Politik zurück; selten freiwillig, meist unter dem Druck der Massen. Heute regieren – in der Regel – gewählte zivile Politiker diese Länder; ja zum Teil kommen sie von linken Parteien und Bewegungen. Die Transformation von Militärdiktaturen zu zivilen Regierungen war auf das engste mit einer Neujustierung der militärisch-zivilen Beziehungen verbunden. Das war ein schwieriger politischer Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Die Debatten und Auseinandersetzungen um die Stellung des Militärs in den süd- und mittelamerikanischen Gesellschaften halten an und die Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen auch, daß dies weiterhin schwierig, manchmal sogar dramatisch ist.



Texte 32  
Oskar Lafontaine,  
Jean-Luc Mélenchon  
**Französisch lernen!**  
**Ein Gespräch**  
**über die Linke in**  
**Europa**  
60 Seiten, 6,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02000-5

Ein Gespräch über ein Europa, in dem Demokratisierung und Emanzipation wieder möglich werden, zwischen Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, und Jean-Luc Mélenchon, Mitglied des französischen Senats für das Département Essone. Jean-Luc Mélenchon vertritt innerhalb der Parti Socialiste die linkssozialistische Strömung »Nouveau Monde«. International bekannt wurde er durch sein Engagement für die Ablehnung der Europäischen Verfassung durch den französischen Volksentscheid. Lafontaine und Mélenchon diskutieren Wege zu einem sozial verträglichen und lebenswerten Europa im Widerstand gegen die Pläne der Brüsseler Bürokratie, diesen Kontinent unumkehrbar neoliberal zu durchtränken. Ihr Vorschlag: eine Union zwischen Frankreich und Deutschland – nicht um eine neue Vorherrschaft zu errichten, sondern als Motor zur Demokratisierung, Entbürokratisierung und Eindämmung der neoliberalen Ausplünderungsgier.



»Man kann in unsern Reihen oft Klagen über den Bürokratismus unsrer obersten Parteibehörden vernehmen, einen Bürokratismus, der die lebendige politische Tatkraft ertöte. Auch diese Klagen sind vollkommen berechtigt. Nur geben sich diejenigen, die sie vorbringen, wohl zu wenig Rechenschaft ab, daß zu einem großen Teil der beklagte Zustand in der Natur der Dinge liegt. Jede Körperschaft mit täglicher amtlicher Bürotätigkeit neigt dazu, in Bürokratismus und Schablone zu verfallen. Außerdem haben so hochgestellte Körperschaften naturgemäß ein stark entwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl, das unbestreitbar auf die Initiative und die Entschlossenheit stark lähmend wirkt. Eine wirkliche Remedur gegen diesen Mißstand ist nur die lebendige politische Aktivität der Gesamtpartei. Der idealste Parteivorstand einer Partei wie die Sozialdemokratie wäre derjenige, der als das gehorsamste, prompteste und präziseste Werkzeug des Willens der Gesamtpartei fungierte. **Aber der idealste Parteivorstand wird nichts ausrichten können, wird unwillkürlich im bürokratischen Schlendrian versinken, wenn die natürliche Quelle seiner Tatkraft, der Wille der Partei, sich nicht bemerkbar macht, wenn der kritische Gedanke, die eigne Initiative der Parteimasse schläft.** Ja, noch mehr. Ist die eigne Energie, das selbständige geistige Leben der Parteimasse nicht rege genug, dann haben ihre Zentralbehörden den ganz natürlichen Hang dazu, nicht bloß bürokratisch zu verrosten, sondern auch eine völlig verkehrte Vorstellung von der eignen amtlichen Autorität und Machtstellung der Partei zu bekommen. (...) **Gegen Schlendrian wie gegen übermäßige Machtillusionen der Zentralbehörden der Arbeiterbewegung gibt es kein andres Mittel als die eigne Initiative, eigne Gedankenarbeit, eignes frisch pulsierendes politische Leben der großen Parteimasse.**«

Rosa Luxemburg, **Wider Masse und Führer**